Montag, 19 März. (Abend-Ausgabe.)

Danziger Zeitung.

NEC TEMERE NEC TIMIDE

№ 10252.

Die „Danziger Zeitung“ erscheint täglich 2 Mal mit Ausnahme von Sonntag Abend und Montag früh. — Bestellungen werden in der Expedition Ketterhagergasse No. 4 und bei allen Kaiserlichen Postanstalten des In- und Auslandes angenommen. — Preis pro Quartal 4,50 M., durch die Post bezogen 5 M. — Inserate kosten für die Petitzeile oder deren Raum 20 ₰. — Die „Danziger Zeitung“ vermittelt Insertionsaufträge an alle auswärtigen Zeitungen zu Originalpreisen.

1877.

Königlich Preußische Lotterie.

Bei der am 17. d. M. fortgesetzten Ziehung der vierten Klasse der 155. Preußischen Klassenlotterie fielen: 1 Gewinn zu 30 000 M. auf Nr. 55 189. 2 Gewinne zu 15 000 M. auf Nr. 58 419 66 190. 1 Gewinn zu 6000 M. auf Nr. 51 690.

40 Gewinne zu 3000 M. auf Nr. 1912 6494 12 567 18 415 18 708 24 703 26 130 27 672 28 286 28 501 29 141 29 624 32 122 35 694 36 927 37 327 39 227 40 005 49 197 49 645 50 319 50 439 55 631 63 284 65 623 70 689 75 892 77 959 79 242 80 459 80 496 81 330 82 470 83 336 84 622 85 179 86 070 88 454 88 627 89 784.

58 Gewinne zu 1500 M. auf Nr. 4921 5808 8387 9233 11 859 12 154 17 477 18 451 24 708 27 087 28 211 30 796 32 238 33 679 33 733 34 110 37 306 37 756 38 344 44 030 45 016 45 546 48 374 50 596 51 036 51 498 52 692 58 103 60 373 60 986 64 024 64 557 66 081 68 050 69 372 69 587 69 985 70 811 70 842 71 082 73 154 75 512 78 893 82 523 82 683 82 751 83 725 84 865 87 291 87 360 88 051 89 652 91 158 91 316 92 181 92 327 92 778 93 516.

67 Gewinne zu 600 M. auf Nr. 1156 7573 9681 10 725 11 500 14 487 14 638 17 135 17 201 18 644 21 351 22 293 22 542 23 130 23 775 24 535 26 363 27 526 28 005 30 514 32 241 34 854 34 882 35 208 36 459 37 647 39 318 41 438 43 051 48 052 50 869 51 443 51 790 51 842 53 896 58 498 58 538 62 187 62 818 63 252 65 227 67 463 67 756 67 802 70 006 70 714 71 153 71 317 71 858 72 779 73 012 73 431 73 762 74 831 75 841 78 439 79 386 81 742 82 721 84 361 86 587 86 677 86 [illegible]96 89 861 91 480 93 406 93 747.

Telegraphische Nachrichten der Danziger Zeitung.

Wien, 18. März. „Die heute stattgehabte Conferenz der verfassungstreuen Clubs hat nach einer vierstündigen Debatte den Antrag des Abg. Sturm betreffend die Abänderung des Delegationsgesetzes mit 102 gegen 58 Stimmen abgelehnt. Vor der Abstimmung erklärte der Vorsitzende, daß es den Unterzeichnern des Antrages vollkommen überlassen bleibe, denselben im Abgeordnetenhause einzubringen.

Paris, 18. März. Der „Agence Havas“ wird aus London gemeldet, daß die Verhandlungen zwischen der englischen und russischen Regierung zu einer Verständigung geführt hätten. Das Protokoll werde wahrscheinlich heute oder morgen unterzeichnet werden. Die Botschafter erwarteten hierzu die Ermächtigung ihrer Regierungen.

London, 18. März. General Ignatieff, welcher gestern einer im auswärtigen Amte veranstalteten Festlichkeit beigewohnt hat, ist am Abend nach Hatfield abgereist. Morgen wird der General bei dem Earl of Beaconsfield diniren und am Dienstag von der Königin in Audienz empfangen werden. Die Abreise des Generals nach dem Cnntinent ist nunmehr auf Donnerstag Vormittag festgesetzt.

Reichstag.

11. Sitzung vom 17. März.

Auf Vorschlag des Präsidenten v. Forckenbeck wird der Gesammtvorstand des Reichstages beauftragt, den Kaiser an seinem 80. Geburtstage zu beglückwünschen.

Vom Abg. v. Magdzinski ist ein Antrag eingebracht worden, betreffend die Zurücknahme der Requisition des Oberpostdirectors zu Bromberg, welche die Inhaftirung des Dr. Kanecki zur Folge hatte. Derselbe ist unterstützt von Mitgliedern der Fortschrittspartei und des Centrums und sämmtlicher Polen.

Erster Gegenstand der Tagesordnung ist der Gesetzentwurf, betreffend die Landesgesetzgebung von Elsaß-Lothringen; dessen einziger Paragraph lautet: „Landesgesetze für Elsaß-Lothringen können mit Zustimmung des Bundesraths und ohne Mitwirkung des Reichstags vom Kaiser erlassen werden, wenn der durch den kaiserl. Erlaß vom 29. October 1874 eingesetzte Landesausschuß denselben zugestimmt hat.“

Unterstaatssecretär Herzog: Das vorliegende Gesetz hat eine sehr verschiedene Beurtheilung erfahren. Der Landesausschuß von Elsaß Lothringen hat es einstimmig gut geheißen, jedoch nur als eine Abschlagszahlung bezeichnet. Bei der letzten Etatsberathung hier im Reichstage wurde es von der rechten Seite des Hauses ein gewagter Schritt, von der linken aber geradezu ein Rückkehr zur Dictatur genannt. Bekanntlich hat das Gesetz vom 9. Juni 1871, betr. die Vereinigung von Elsaß-Lothringen mit dem deutschen Reiche, vorgesehen, daß bis zur anderweiten Regelung dem Reiche das Recht der Gesetzgebung für Elsaß-Lothringen zustehen solle. Jedoch sind nach der mittelst kaiserl. Erlasses vom 29. October 1874 erfolgten Einrichtung des Landesausschusses diesem vorher die Entwürfe zur gutachtlichen Berathung vorgelegt worden. Die Erfahrungen der beiden letzten Jahre haben eclatant ergeben, daß der Reichstag durch die Berathung sämmtlicher elsaß-lothringischen Landesgesetze in hohem Maße belastet und an der Erfüllung seiner eigentlichen Aufgaben verhindert werde, während andererseits der Landesausschuß seine Aufgaben im Allgemeinen richtig erfaßt und in Elsaß-Lothringen immer mehr an Einfluß gewonnen hat. Diese Erfahrungen sind es gewesen, welche die Regierung zur Vorlage dieses Gesentwurfes veranlaßt haben, dessen Zweck es ist, den Reichstag in seinen Arbeiten zu erleichtern und den Landesausschuß in seiner Bedeutung zu stärken. Die Mitwirkung des Reichstages soll nicht mehr nothwendig sein, wenn Regierung und Landesausschuß übereinstimmen. Der Landesausschuß tritt somit, wenn er seine Zustimmung gegeben hat, an die Stelle des Reichstags, ertheilt er diese aber nicht, so ist die Regierung genöthigt, sich an den Reichstag wie an eine Art Appellinstanz zu wenden. Ich räume ein, daß das Haus durch Annahme dieses Gesetzentwurfs sowohl dem Landesausschusse als auch der Regierung ein Vertrauensvotum gebe. Der Reichstag selbst hat wiederholt zu erkennen gegeben, daß nach seinem bisherigen Verhalten der Landesausschuß vollen Anspruch auf Vertrauen sich erworben hat. Was nun das Vertrauen betrifft, das die Regierung in Anspruch nimmt, so hätte die Regierung selbst gern gewünscht, daß es ihr möglich gewesen wäre, eine Vollmacht in engeren Grenzen von Ihnen fordern zu müssen, als es in dieser Vorlage geschieht; sie konnte aber nicht anders, wenn sie vorsichtig handeln wollte, es vollzieht sich zweifellos ein Umschwung in der Meinung der Bevölkerung, von der ein großer Theil sich daran gewöhnt, geschichtliche Thatsachen für unabänderlich zu nehmen und allgemach müde zu werden, daß seine heimischen nächsten Interessen durch unfruchtbares Frondiren Preis gegeben werden. Es sind wenige Tage her, daß in diesem Hause der Abgeordnete für Metz bei Gelegenheit der Etatsdebatte zu Ihnen gesprochen hat. Er sprach sich dahin aus, daß Elsaß Lothringen sich selber übergeben werden solle. Die letzten Reichstagswahlen hätten erwiesen, daß der größere Theil der Bevölkerung auf den Gesinnungen verharre, die sie im Jahre 1874 ausgesprochen habe. Dieser Gesinnung hat der Protest Ausdruck gegeben, der im Jahre 1874 von dem Abg. Teutsch von dieser Tribüne gesprochen worden ist. Wenn auch die Form, in welcher der Abgeordnete für Metz diesen Protest wiederholt hat, um vieles abgeschwächter war als diejenige, welche damals der Abg. Teutsch dem Reichstage zu bieten wagte, so ist doch in der Sache nichts geändert. Elsaß-Lothringen sich selbst wiedergeben oder sich selbst überlassen, kann im Sinne des Redners nichts Anderes heißen, als es von dem deutschen Reiche wieder lostrennen; denn sonst hätten diese Worte überhaupt keinen Sinn. Der Reichstag hat diese Rede stillschweigend hingenommen. Er hat recht daran gethan; er wird sie aber nicht ignoriren dürfen, wenn er über die politische Vertretung des Landes einen Beschluß fassen soll, in welchem unter Umständen, die wir nicht beherrschen können, die Auffassung, von welcher der Abgeordnete für Metz ausgeht, die Oberhand gewinnt. Wir gehen in der politischen Gestaltung des Landes nothwendig schrittweise vor und müssen diese Schritte mit Vorsicht thun, denn wir dürfen niemals einen Schritt wieder zurückthun, den wir gethan haben. (Sehr richtig! links.) Ich bitte Sie, der Regierung das Vertrauen zu schenken, daß sie die Tragweite ihres Schrittes gewissenhaft erwogen hat. Das Gesetz hat einen großen moralischen Werth. Es giebt dem Lande einen Ausdruck des Vertrauens daß die Regierung und der deutsche Reichstag in die gesunde Entwickelung des Landes setzt, und schon von diesem Vertrauen, von dem ich hoffe, daß es auch im Lande verstanden werden wird, erwarte ich Segen für das Land. (Beifall.)

Abg. Bergmann: Der vorliegende Gesetzentwurf soll uns Gelegenheit geben, einerseits dem Reichstage und der Reichsregierung eine klare und möglichst wahrheitsgetreue Schilderung der dermaligen Zustände in dem Reichslande zu liefern, sowie andererseits die Stellung zu bezeichnen, welche wir nicht nur diesem Entwurfe, sondern auch der ganzen staatlichen Entwickelung unseres engeren Vaterlandes gegenüber einzunehmen gedenken. Zuerst muß man anerkennen, daß die heurigen Wahlen, welche speziell im Niederelsaß der sogenannten Autonomistenpartei den Sieg verschafft haben, in den anderweitigen Wahlbezirken, wenn sie auch mehr oder weniger von Gefühlspolitik beeinflußt waren, doch immerhin Vertreter in das Parlament geschickt waren, welche sich mit den Bedürfnissen und Interessen Elsaß-Lothringens, bez. des Reiches eingehend beschäftigt haben. Auf dieser Bahn fortzuschreiten, werden die Ereignisse immer mehr und mehr drängen. Diese praktische Ansicht hat sich schon zur Zeit der größten Erregtheit der Gemüther gleich nach Beendigung des Krieges deutlich kund gegeben, als 1871 sämmtliche Bürgermeister und Notabeln des Elsasses in Colmar und Straßburg zusammentraten, um die Wünsche für die Landesverwaltung Elsaß-Lothringens aufzustellen, welche im Wesentlichen das Programm der Autonomistenpartei bilden. Wenn es auch angemessen war, daß die erste Kundgebung der Vertreter der Reichslande bei ihrem Eintritt in den Reichstag das Gepräge der schmerzlichen Rückerinnerung an ein verlorenes Vaterland trug, so kann man doch fragen, warum dieselbe Kundgebnng im Jahre 1874 eine nahezu vollständige Unbetheiligung an den Landesinteressen seitens jener Vertreter nach sich zog. Zur Zeit der Annexion bestand der Elsaß aus drei Departements und man trug sich mit dem Gedanken, dieselbe einzeln an verschiedene Bundesstaaten zu vertheilen. Die vorerwähnte Versammlung der Bürgermeister und Notabeln des Elsaß sandte eine Deputation nach Berlin, welche die Wünsche der Versammlung zur Kenntniß der Reichsregierung bringen sollte. Diese Wünsche bezweckten Nichttrennung des elsaß-lothringischen Gebietes, möglichst ausgehnte Autonomie der Provinzen oder des Staates Elsaß-Lothringen und Vertretung beim Reichstage und Bundesrathe, Landesvertretung mit weit ausgedehnterer Vollmacht als jene der früheren Generalräthe, Beibehaltung des Code civil und der Gerichtsverwaltung mit eingeborenen Beamten, Amnestie für die auf den Krieg bezüglichen Handlungen und politischen Vergehen, Einrichtung des höheren Unterrichtes durch Errichtung einer Universität und Organisation des Volksschulunterrichts ohne Rücksicht auf Scheidung der Confessionen. (Beifall.) Die Aufnahme der Delegirten in Berlin war eine außerordentlich zuvorkommende bis in die höchsten Kreise der Regierung hinauf. Der Reichskanzler insbesondere sprach sich bei verschiedenen Gelegenheiten eingehend über die Nothwendigkeit geregelter Zustände in dem Lande aus und folgende Aeußerungen, welche seine ausgezeichnete Menschenkenntniß, sowie seine richtige Auffassung der Zustände in hohem Grade bekunden, und welche damals vom Parlamente mit Beifall aufgenommen wurden, haben sich seither als wahre Prophezeiungen erwiesen. Er wies auf den Particularismus hin, den Elsaß-Lothringen sich während seiner zweihundertjährigen Zugehörigkeit zu Frankreich conservirt habe, und dessen Pflege die Aufgabe der deutschen Politik sein müsse. Er wies ferner darauf hin, daß man die Meinung der Bewohner Elsaß-Lothringens nur durch die Anordnung allgemeiner Communalwahlen und durch Einberufung der Generalräthe erfahren könne, welche jedenfalls besser über die Bedürfnisse ihrer speciellen Landsleute orientirt seien, als dies von Specialkommissarien geschehen könnte. Er stehe keineswegs an, die Communalbeamten aus den Wahlen der Bevölkerung hervorgehen zu lassen. Zwar sei die Gefahr, welche daraus entstehen könne, nicht zu unterschätzen, aber sie stehe in keinem Vergleich zu derjenigen, welche durch Mißgriffe, falsche Consequenz und falsche Anschauungen der mit den Verhältnissen des Landes nicht genügend bekannten dorthin gesandten Beamten hervorgerufen werden könnten und wahrscheinlicher Weise auch würden. Das waren goldene Worte und ich will damit die Praxis vergleichen. Man hätte eigentlich an dem längst Bestehenden nur mit Vorsicht rütteln und nur im Interesse einer guten Verwaltung unumgängliche Aenderungen treffen dürfen. Bei eingreifenderen Umwandelungen mußte man die Bewohner des Landes hören und durfte das Reichsland nicht zu einem Experimentalgebiet für mit den Verhältnissen unbekannte Beamte machen, welche bona fide arbeiteten, einestheils um Carriere zu machen, anderentheils aus Eigenliebe, weil sie in der vorgefaßten Meinung kamen, die ihrer Meinung nach absolut schlechte französische Verwaltung zu corrigiren. Daß ein einheitliches Regiment unter solchen Umständen nicht zu Stande kommen konnte und die Befürchtungen des Reichskanzlers eintreffen mußten, ist natürlich. Wenn wir nun alle die nicht zu rechtfertigenden Aenderungen auf politischem, polizeilichem und wirthschaftlichem Gebiete aufzählen wollen, welche in vielen Fällen das Gepräge der Ueberstürzung trugen und noch tragen und welche der Bevölkerung auferlegt wurden, wenn wir das beständige Schwanken zwischen zweierlei Gesetzgebung und Justizpflege, der deutschen und französischen, bedenken, wenn wir die tief gehende Neuerung der allgemeinen Wehrpflicht beifügen, welche die jungen Leute massenhaft zum Lande hinaustrieb, wenn wir endlich noch der Option erwähnen, deren Folgen auf die Rechts- und nationale Stellung der Optanten niemals auf eine vollständig klare Weise der Bevölkerung mundgerecht gemacht worden und die dermalen bestehenden beklagenswerthen Zustände hervorgerufen haben, so darf es durchaus nicht befremden, daß 1874 die Form der ersten Kundgebung die des puren Protestes und eines düstern Ablehnens an weiterer Betheiligung an den Landesinteressen gewonnen hat. Dieses zeitweilige Verharren der Bevölkerung in einer pessimistischen Anschauungsweise, welches hauptsächlich durch die von mir charakterisirten Umstände hervorgerufen wurde, hat, wie der Reichskanzler richtig vorausgesehen hat, vermittelst der Darstellung der Verwaltungen das Mißtrauen in die Tendenzen der Bevölkerung gesteigert und die Verlängerung des Provisoriums verursacht, andererseits aber auch das Schüren der Mißstimmung in der Bevölkerung durch auswärtige Einflüsse begünstigt. Der praktische und gemäßigte Sinn der Bevölkerung zeigte sich aber auch gleich wieder, als die Regierung mit der Berufung der Bezirksräthe, der Kreisräthe und des Landesausschusses vorging. Das Bestreben nach gleichen Rechten bei gleichen Lasten, nach Decentralisation und einheimischer Selbstverwaltung bekundete sich besonders bei den letzten Reichstagswahlen und den vorhergegangenen Gemeinde-Bezirkstagswahlen. Wenn ein Volk, sei es groß oder klein, nicht verkümmern soll, ist es unmöglich, auf die Dauer ein Provisorium hinsichtlich seiner politischen Stellung inne zu halten, noch viel weniger die Bevölkerung an eine Menge von Verwaltunsinstanzen zu verweisen, wie z. B. das Reichsland Elsaß-Lothringen an den Kaiser, den Bundesrath, den Reichskanzler, das Reichskanzleramt, den Oberpräsidenten und die verschiedenen Unterinstanzen der Bezirkspräsidenten, Kreisdirectoren, Polizeicommissare u. s. w. Alle diese nicht mit den Bedürfnissen in richtigen Verhältnissen stehenden Verwaltungsinstanzen hemmen den Gang der Geschäfte und bringen naturgemäß das Gefühl der Unstätigkeit in der Bevölkerung hervor. Solcher Verwaltungsapparat ist sehr kostspielig, die mittleren Instanzen gerathen öfters in Conflict mit den ihnen vorgeordneten und die Bevölkerung wird dann nicht klug über die Zuständigkeit der Behörden. Diesen Mißständen muß nothwendigerweise bald abgeholfen werden; ist das geschehen, dann wird die Mißstimmung der Bevölkerung in großem Maßstabe schwinden. Die Regierung muß in dieser Richtung vorgehen. Wenn die Organisation des Landes eine definitiv geregelte sein wird, mit dem Sitz der Verwaltung im Wesentlichen im Lande, verstärkt sich in der Bevölkerung das Gefühl der Selbstständigkeit und fremde Einflüsse bleiben unbeachtet; durch Vorenthaltung der Rechte wird aber das Mißtrauen geschürt und die Zustände verschlimmert. Hoffen wir, daß diese wahrheitsgetreue Darlegung der Sachlage den von uns gewünschten Erfolg haben möge. Ich komme auf den vorliegenden Gesetzentwurf. Daß das Mißtrauen in die Bevölkerung nicht gerechtfertigt ist, erkennen die Motive an. Da der durch kaiserlichen Erlaß eingesetzte Landesausschuß auf keiner gesetzlichen Basis beruht, ist der Reichstag mit exclusiv elsaß-lothringischen Angelegenheiten belastet. Diese Last will die Vorlage durch Erweiterung der Competenz des Landes-Ausschusses mindern. Der Gesetzentwurf ist vom Landesausschuß einstimmig angenommen und da unser Bestreben darauf hingeht, jede Entwickelung dieses Instituts zu fördern, werden wir der Vorlage zustimmen, nicht als ob wir in diesem Project das Endziel der Wünsche unseres Landes erblicken, aber in der festen Zuversicht, daß es uns in möglichst kurzer Frist zu einer weiteren Entwickelung in dem Sinne der Selbstverwaltung des Landes führen wird. (Beifall.) Fürst Bismarck bezeichnete es als einen Fehler, im Gegensatz zu anderen deutschen Ländern die Elsaß-Lothringer in ihren localen Angelegenheiten durch den Reichstag bevormunden zu lassen, zumal da die Reichsländer ausgetragene Kinder seien. (Heiterkeit.) Wir bitten den Reichstag, die Worte zu beherzigen. Es bestehen jetzt in dem Reichslande zwei entgegengesetzte politische Strömungen, eine versöhnliche und eine ihr entgegengesetzte. Die erstere wünscht eine definitive Regelung der Landesangelegenheiten; die letztere scheint ihr eher zu widerstreben. Diese letztere hat es auch herbeigeführt, daß die Stadtverwaltung letzthin in Metz und Colmar wie früher schon in Straßburg in commissarische Hände übergegangen ist. Darauf machen wir die Reichsregierung aufmerksam. Nach den letzten Wahlen scheint es uns nothwendig, daß die Ausnahmezustände beseitigt und normale in Bälde hergestellt werden müssen. Zu diesen Ausnahmen kann auch der § 10 des Gesetzes über die Verwaltung von Elsaß-Lothringen gerechnet werden, welcher, obgleich davon ein beschränkter Gebrauch gemacht worden, doch den Anschein der Dictatur aufrecht erhält. Auch die brennende Optantenfrage muß bald in jeglicher Hinsicht befriedigend gelöst werden. Schließlich darf ich nicht verhehlen, daß die deutsche Zollpolitik mannigfache Bedenken in Hinsicht auf die Förderung der nationalen Arbeit hervorruft. Das Opfer der Handelsgerichte, sowie eines bewährten Eisenbahntarifsystems hat ebenfalls im Volke empfindlich berührt. Indem wir der gegenwärtigen Vorlage als einen behutsamen Schritt vorwärts zustimmen, gehen wir von der Voraussetzung aus, daß sowohl der Reichstag wie die Regierung zu der Ueberzeugung kommen werden, daß zum Wohle unseres engeren Vaterlandes die definitive Regelung der staatsrechtlichen Stellung nicht mehr lange ausbleiben darf und daß besonders der complicirte und kostspielige Verwaltungsapparat für Elsaß-Lothringen schleunigst vereinfacht werden muß. (Lebhafter Beifall.)

Abg. Simonis: Ich habe heute eine wirkliche Freude darüber empfunden, daß uns mit dem vorliegenden Gesetzentwurf das Zugeständniß gemacht worden ist, daß unser bisheriges Verhalten hier im Reichstage durchaus correct gewesen ist (Widerspruch), denn wir haben stets betont, daß die elsaß-lothringischen Angelegenheiten für den Reichstag eine zu weitliegende Aufgabe seien und dieselbe Sprache wird jetzt von der Regierung geführt. Ich habe mich andrerseits auf die heutige Debatte gefreut, weil ich diese Stelle für geeignet halte, wo sich alle Parteien vereinigen können, um das Wohlwollen, welches man uns bisher in Worten stets versprochen hat, durch Handlung praktisch werden zu lassen. Noch immer seufzt das Land unter dem eisernen Joch der Dictatur (Unruhe) und von keiner Seite ist von der Regiernng eine Maßregel ergriffen worden, welche auf eine versöhnliche Stimmung schließen lassen könnte; so bin ich denn auch in der Lage, großartige Hoffnungen zu hegen. Es kommt aber noch ein anderer Grund hinzu, welcher geeignet ist, mich mißtrauisch zu machen. Nach den Ausführungen des Unterstaatssecretärs soll mit diesem Gesetz der Schwerpunkt der Verwaltung von Berlin mehr nach den Reichslanden selbst verlegt werden; aber wenn dies die Absicht der Regierung ist, so hätte sie dieselbe vor Allem im Etat bethätigen müssen. Mit dem Gesetzentwurf soll dem Landesausschuß auch eine gesetzgeberische Thätigkeit übertragen werden und man hat zu diesem Zweck den politischen Eid den Bezirksräthen auferlegt. Zur Rechtfertigung dieses Vorgehens hat man ein altes französisches Gesetz aus dem Staube hervorholen zu müssen geglaubt. Thatsächlich hat aber jenes Gesetz in Elsaß schon seit langer Zeit keine Giltigkeit mehr, und es ist auch ausdrücklich für Frankreich durch ein Decret vom 5. September 1870 aufgehoben worden. Ein weiteres Moment ist, daß der Landesausschuß nach seiner ganzen Organisation überhaupt nicht zu gesetzgeberischen Akten befugt ist. Wenn man sich auf den Willen des Landes selbst beruft, so muß ich die Berechtigung hierzu bestreiten, denn sowie das Land durch den Mangel an Freiheit der Presse und des Versammlungsrechts in seiner politischen Meinung niedergedrückt ist, hat es gar keinen Weg, dieselbe zum Ausdruck zu bringen. Thatsächlich wird die Sache sich so verhalten: so lange der Landesausschuß entscheidet, wie es der Regierung angenehm ist, wird er als gesetzgeberischer Factor bestehen, hat aber die Regierung entgegenstehende Entscheidungen zu erwarten, so wird sie den Ausschuß überhaupt gar nicht befragen. Die Bezirksräthe, aus denen der Landesausschuß hervorgeht, bestehen zum größten Theil aus Beamten, und was diese zu erwarten haben, wenn sie sich nicht den Wünschen der Regierung fügen, haben wir oft genug gesehen. Der Reichskanzler sagte vor $2^1/_2$ Jahren, daß, wenn im Ausschuß dreißig solcher Männer säßen, wie die Abgg. Simonis und Winterer, er nicht im Stande sein würde, den europäischen Frieden aufrecht zu erhalten. (Heiterkeit). Daß dies nicht seine wahre Meinung ist, liegt wohl auf der Hand; er sucht nur die Gefährlichkeit der Situation möglichst schwarz zu malen, um den Ausschuß in der Hand behalten zu können. Die Regierung wird dem Landesausschuß wichtige Lebensfragen überhaupt nicht vorlegen, sondern nur Finanzfragen untergeordneter Bedeutung, und wenn der Ausschuß sich hierbei negirend verhält, so wird die Regierung sagen: Nehmt euch in Acht, sonst werden euch gar keine Vorlagen mehr gebracht; die Mitglieder werden dann zustimmen, wenn auch widerwillig, um nicht in vielleicht wichtigen Fragen übergangen zu werden. Es entsteht damit die reine Compromißpolitik. Weshalb giebt man uns nicht einen Landtag, wie den anderen deutschen Staaten? Die Elsässer haben genugsam bewiesen, daß sie im Stande sind, sich selbst zu verwalten. Die Regierung allein ist es also, die von der Vorlage Vortheil zu erwarten hat. Der Unterstaatssecretär hat den Gesetzentwurf selbst als einen Homunculus bezeichnet, er selbst scheint hierbei die Rolle des Faust zu übernehmen, aber bei der Destillation des Homunculus war bekanntlich auch ein Mephistopheles zugegen (Heiterkeit). Jedenfallsi halte ich die Annahme unseres Antrages auf Reorgansation der Verwaltung in Elsaß-Lothringen für eine nothwendige Vorbedingung der Annahme der Vorlage, denn ohne jenen bleibt die eiserne Dictatur unverändert bestehen.

Abg. Schneegans: Ich habe nicht die Ehre, Mitglied des Landesausschusses zu sein, aber ich bin erstaunt, daß der Vorredner so viele Vorwürfe gegen denselben erhoben hat. Wir Elsaß-Lothringer haben doch eher das Interesse und das Recht, das was in unserem Lande selbst geschiebt, zu vertheidigen (Widerspruch im Centrum; Beifall rechts und links); denn es sind unsere speziellen Landsleute im Landesausschuß, ehrenhafte Leute, welche ihre Pflicht und Schuldigkeit thun (Beifall). Wenn der Vorredner der Regierung vorgeworfen, daß sie den Bezirkstagen den politischen Eid auferlegt habe, so begrüße ich ihn darin als Autonomisten, denn wir sind es, die dies schon lange als einen großen Fehler bezeichnet haben. Es sind dadurch viele unserer Landsleute von den Bezirkstagen geradezu ausgeschlossen worden, welche sich gern an den Angelegenheiten des Landes betheiligt hätten. Aber diese falsche Maßregel ist doch nicht geeignet gewesen, dem Landesausschusse den Boden unter den Füßen wegzuziehen und ihn zu einer Versammlung zu machen, die nicht würdig wäre, die Vertretung des Landes zu führen. Der Vorredner sagt, es sind viele Beamte im Landesausschuß; ich kenne die meisten Mitglieder desselben, muß aber gestehen, daß sehr wenige Beamte darunter sind. Es wäre vielleicht besser, wenn er direct von der Bevölkerung durch allgemeines Stimmrecht gewählt und dieser dann die Mitglieder des Landesausschusses bezeichnet. Es ließe sich darüber streiten, ob das allgemeine directe oder das indirecte Wahlverfahren das Bessere ist. Aber ist denn nicht in vielen Staaten, die durchaus nicht zu den despotischen gehören, derselbe Modus angewendet worden? Ist nicht der jetzige französische Senat in dieser Weise gewählt worden? Wenn dann der Vorredner sagt: der Landesausschuß stehe nicht auf sicherer Basis, nun dann möge er uns doch unterstützen: Wir begehren ja nichts Anderes, als den Lan-

desausschuß auf möglichst sicheren Boden zu stellen. Der vorliegende Gesetzentwurf ist allerdings noch nicht geeignet, ihm eine feste Basis zu geben; er ist nicht unser Ideal, aber wir betrachten ihn als einen wichtigen Schritt in der Richtung der vollen Selbstständigkeit. Die Sympathien, welche 1871 für Elsaß-Lothringen hier bestanden, bestehen heute nicht mehr in gleichem Umfange (Widerspruch); wir müssen uns deshalb mäßigen und mehr praktische und Opportunitätspolitik treiben, indem wir uns an das Bestehende anschließen. (Beifall.) Ich will dabei nur an einen Ausspruch Deak's erinnern: „Meine Politik ist eine Politik der Vorsicht, welche uns gebietet, immer wo es möglich ist, einen Schritt vorwärts zu thun, aber niemals einen Schritt zurückzugehen. Auf diese Weise kommt man zwar langsam, aber sicher zum Ziel." Diese Politik ist auch in Frankreich von der Republik getrieben worden und gerade der Hauptführer der Intrasigenten-Partei, Gambetta ist zu dieser staatsmännischen Opportunitäts-Politik in der letzten Zeit übergegangen. Die Politik, welche sagt: „Alles oder nichts", hat ja auch ihre Berechtigung, aber der Verstand verbietet uns, ihr zu folgen, wenn wir auch unserem Gefühle nach uns derselben anschließen könnten. Es muß in Elsaß-Lothringen etwas geschehen, es muß eine Reform angebahnt werden. Können wir ein Mehr nicht erreichen, so nehmen wir auch das Wenige mit Dank an. Nehmen auch Sie diese Vorlage an, sonst würde man in den Reichslanden sagen, der Reichstag thut nichts für uns, er legt die Hände in den Schooß. Es ist ja für Elsaß-Lothringen schon viel Gutes geschehen und wir begrüßen mit besonderer Freude die Einführung des obligatorischen Schulunterrichtes. (Lebhafter Beifall.) Es ist aber auch sehr vieles schlecht gemacht worden und darauf werden auch wir die Verwaltung aufmerksam machen. Wir leiden an einem organischen Uebel, das ist unsere unbestimmte Stellung als Reichsland; wir leiden an einem Verwaltungsübel, weil die Behörden noch nicht den richtigen Zusammenhang mit dem Lande haben; wir leiden auch an einem gesetzlichen Uebel, denn wir haben so viel Gesetze, daß wir eigentlich nicht mehr wissen, was Gesetz ist. Jeder Verwaltungserlaß aus Berlin wird in dem Reichsland von Instanz zu Instanz verschärft und ehe er vom Oberpräsidenten an die Präsidenten, die Kreisdirectoren, die Polizeicommissare und die Gensdarmen kommt, wird er ganz unkenntlich. Wie ihn die Gensdarmen dann handhaben, können Sie wohl denken; diese Leute bekunden ihren deutschen Patriotismus oft in seltsamer Weise. Als wir nach Berlin kamen, beschäftigte uns die Frage der Optanten; wir erhielten auf unser Bestreben vom Fürsten Reichskanzler einen Erlaß, welcher die Zurücknahme der scharfen Maßregel gegen die Optanten zusagte. Zwei oder drei Tage später erhielten die Kreisdirectoren einen Erlaß, vom 14. Februar datirt, der ihnen die strengsten Maßregeln anempfahl. (Hört! hört!) Heute früh habe ich einen Brief erhalten, worin gesagt wird, die Verhältnisse sind so, daß bei uns die Gensdarmen schalten und walten, wie sie wollen. (Hört!) Diese Zustände können nicht fortdauern. Diesen Gesetzentwurf nehmen wir an als eine Abschlagszahlung; wenn ein Antrag aus dem Hause uns mehr Freiheit verschaffte und den Gesetzentwurf ausdehnte, so würden wir das freudig acceptiren; aber wir werden die Initiative nicht ergreifen. Wir nehmen Akt von dem Versprechen der Regierung, daß dieses Gesetz nur ein erster Schritt zu einer größeren Entwickelung unserer Verhältnisse sei. Wir Autonomisten, welches Wort übrigens im Reichslande fast ein Schimpfwort geworden ist, sind nicht eine Regierungspartei, wir sind auch keine systematische Oppositionspartei; wir sagen: wir wollen einen Schritt vorwärts thun, geht die Regierung mit, so gehen wir mit der Regierung. Von dem Tage an aber, wo wir erkennen würden, der Gesetzentwurf ist nicht ein Schritt vorwärts, würden wir der Regierung Opposition machen und allein vorwärts gehen, um die Interessen und die Rechte unseres Landes auf das Beste zu vertheidigen. (Lebhafter Beifall.)

Abg. Guerber: Ich hätte gewünscht, daß diejenigen, die sich Autonomisten nennen, vor Allem der Verpflichtung nachgekommen wären, den armen Schelm von Landesausschuß, der völlig in der Luft schwebt, auf festen Boden und auf eigene Füße zu stellen. Das aber kann nimmermehr auf anderem Wege geschehen, als dadurch, daß man den Landesausschuß aus allgemeinen directen Volkswahlen hervorgehen läßt. Ich begrüße in dem vorliegenden Gesetz allerdings auch den guten Willen und das löbliche Streben der Regierung uns auf dem Wege der Selbstständigkeit einen kleinen Schritt vorwärts zu führen, aber ich beklage es tief, daß hier wieder ein Provisorium geschaffen wird und daß unser Land aus dem Provisorium gar nicht herauskommt. Es wäre wohl an der Zeit, daß wir jetzt endlich das Definitivum bekämen, welches Fürst Bismarck dem Lande 1873 versprochen hat. Ich kann mich nicht begnügen mit dem winzigen Stückchen Selbstständigkeit, das uns in dieser Vorlage geboten wird. Ich muß etwas mehr verlangen, und ich weiß, daß es in dem Können des Hauses liegt, uns dieses Mehr zu verschaffen. Wir wollen nicht, daß es uns gehe, wie Jacob, dem man nach 7 Jahren des Dienstes als Braut die schöne Rahel versprach, und als die 7 Jahre um waren, da schenkte man ihm die blinde Lea. (Heiterkeit).

Abg. Duncker: Ich kann versichern, daß die Sympathien, die bisher bei uns für Elsaß-Lothringen bestanden haben, auch heute noch in voller Stärke vorhanden sind, daß aber die Bethätigung dieser Sympathien allerdings manchmal uns recht schwer gemacht worden ist, weil eben die bisherigen Vertreter von Elsaß-Lothringen hier im Hause eine absolut negative Haltung eingenommen haben (Sehr wahr!) Heute kann ich mit Freuden sagen, daß Hr. Schneegans durch sein Auftreten unsere Sympathien für Elsaß-Lothringen gekräftigt und in uns die Hoffnung erweckt hat, daß es uns fortan um so leichter sein werde, die berechtigten Wünsche der Elsaß-Lothringer zur Verwirklichung zu bringen. Was nun die Vorlage betrifft, so kann ich, obwohl ich gern zugebe, daß sie in ihrer Tendenz uns dem allseitig erstrebten Ziele der Selbstständigkeit der Reichslande einen Schritt näher führt, doch nicht verkennen, daß sie geeignet ist, mannigfache Bedenken hervorzurufen. Nach der gegenwärtigen Vorlage behält sich die Regierung vor, ein Gesetz entweder in Uebereinstimmung mit dem Landesausschusse oder je nach der politischen Opportunität auch mit dem Reichstage zu Stande zu bringen. Ich halte dies für einen der Punkte, den wir in der Vorlage nothwendig amendiren müssen. Eine derartige Willkürbefugniß der Regierung, völlig frei zu bestimmen, mit welcher Körperschaft sie ein Gesetz vereinbaren will, können wir weder im Reichstagsinteresse noch in dem von Elsaß-Lothringen gutheißen. (Sehr richtig! links) Die Regierung könnte es ja unternehmen, in dem Landesausschuß sich ein gefügiges Werkzeug einzurichten, dem gegenüber wir sehr beklagen würden, die Rechte der Elsaß-Lothringer, soweit wir sie jetzt noch mit zu vertreten haben, preisgegeben zu haben. Die allein sichere Garantie gegen eine solche Gefahr werden wir dann finden, wenn wir den Landesausschuß mit denjenigen Befugnissen ausstatten, welche die gegenwärtigen deutschen Landesvertretungen besitzen: Oeffentlichkeit seiner Verhandlungen, Unverletzlichkeit der Abgeordneten, das Recht der Veröffentlichung wahrheitsgetreuer Berichte durch die Presse und endlich die Feststellung der Periodicität seiner Einberufung. Ich hoffe gewiß, daß hierüber ein Einverständniß im Hause sich wird erzielen lassen. Meine politischen Freunde wünschen den Gesetzentwurf so umzugestalten, daß die regelmäßige Form des Zustandekommens der Landesgesetze für Elsaß-Lothringen lediglich in die Hände des Landesausschusses gelegt und nur für außerordentliche Ausnahmsfälle die Reichsgesetzgebung eintrete. Ich beantrage schließlich die Ueberweisung der Vorlage an eine Commission von 14 Mitgliedern. (Beifall links.)

Abg. v. Helldorff: Auch unserer Partei erscheint die Bestimmung der Vorlage, wonach es lediglich dem Ermessen und der Willkür der Regierung anheimgestellt bleibt, mit wem sie die Gesetze für Elsaß vereinbaren will, als bedenklich und mindestens der sorgsamsten Prüfung bedürftig. Wir werden uns aber vor Allem bei der Prüfung der ganzen Vorlage vor einer sentimentalen Vertrauensseligkeit gegen die Elsaß-Lothringer zu hüten haben, welche Kräfte entfesseln möchte, für deren richtigen Gebrauch wir noch keinerlei Garantie haben. (Sehr wahr! rechts.)

Abg. Frhr. Schenk v. Stauffenberg: Ich stimme dem Abg. Duncker darin bei, daß unsere Gesinnungen des Wohlwollens gegen Elsaß-Lothringen heute noch ebenso lebhaft sind, wie in früheren Tagen. Leider gehört aber zur Regelung der uns vorliegenden Verhältnisse etwas mehr als wohlwollende Gesinnung, (Sehr richtig!) Auch dieser Gesetzentwurf ist leider ein Provisorium; ein befriedigendes Definitivum hat noch Niemand vorschlagen können und so lange dies nicht der Fall ist, hat Niemand das Recht über das Provisorium die Achsel zu zucken. Die Klagen über die Verwaltung der Reichslande sind nicht neu und zum Theil berechtigt. Elsaß-Lothringen ist nicht an einen homogenen Staat angeschlossen worden, seine Verwaltung ist mit Beamten aus allen deutschen Ländern besetzt worden und daher war eine Ungleichmäßigkeit unvermeidlich. Eine Reihe von Klagen begreifen wir also, aber sie waren nach Lage der Dinge unvermeidlich. Ich glaube nun constatiren zu dürfen, daß die Tendenz des vorliegenden Entwurfes, dem Landeausschusse, soweit es irgend möglich ist, die Landesangelegenheiten zur eigenen Besorgniß zu überlassen, von allen Seiten des Hauses gebilligt wird. Ueber die Art und Weise, wie das geschehen könnte, bestehen nun verschiedene Meinungen. Man kann sich entweder im Großen und Ganzen auf den Standpunkt der Regierungsvorlage stellen, oder man kann dem Landesausschusse bestimmte abgegrenzte Gebiete zur selbstständigen Beschlußfassung überweisen, die übrigen für den Reichstag zurücklassen. Man ist auch diesem Gedanken practisch näher getreten, aber es hat sich als kaum möglich erwiesen, eine zufriedenstellende Eintheilung finden; es bleibt nichts Anderes übrig, als sich auf den Standpunkt der Regierungsvorlage zu stellen. Es ist von den Abgg. Simonis und Guerber betont worden, daß der Landesausschuß nicht auf einem gesetzlichen Boden stehe. Das ist völlig richtig, und ich halte es für nothwendig, ihn aus seiner zweifelhaften Stellung zu erlösen, und es würde sich fragen, ob dies durch eine bloße Allegation im Text des Gesetzes der kaiserlichen Verordnung vom 29. Oktober 1874 oder auf einem anderen Wege geschehen solle. In Bezug auf einen Punkt möchte ich allerdings eine sichere Regelung eintreten sehen, nämlich in dem Verhältniß des Reichstages zum Landesausschuß, sowohl nach der Seite hin, daß dem Reichstage die Initiative gewahrt bleibe, als auch in der Richtung daß ein Gesetz des Reichstags ohne Zustimmung desselben nicht abgeändert werden kann. Wir glauben nicht, daß mit dieser Vorlage, wenn sie Gesetz wird, gleich die goldene Zeit für Elsaß-Lothringen anbrechen wird, wir sind aber doch der festen Ueberzeugung, daß mit diesem Gesetz der erste Schritt zur autonomen Entwickelung des Landes geschehen wird, ein Schritt, der, wenn das Land die Bedeutung desselben im rechten Sinne auffaßt, in keinem Falle mehr zurückgethan werden kann. (Beifall.)

Abg. Graf Luxburg: Ich kann nicht leugnen, daß beim ersten Anblick des Gesetzentwurfs mir verschiedene Bedenken aufgestiegen sind, nach näherem Nachdenken und weiterer Besprechung mit meinen Freunden bin ich jedoch zu der Ansicht gekommen, daß das Gesetz im Interesse der Autonomie von Elsaß Lothringen, sowie zur Vermeidung noch etwa drohender Gefahren durchaus nothwendig sei. Ich stelle den Antrag die zweite Berathung von der heutigen Tagesordnung abzusetzen.

Das Haus tritt diesem Antrage bei, nachdem der Antrag auf Commissionsberathung mit geringer Majorität abgelehnt worden ist.

Es folgt der Antrag der Abgg. Winterer, Dollfuß u. Gen.: den Reichskanzler aufzufordern, dahin zu wirken, daß das Gesetz vom 30. Dezember 1871, betreffend die Einrichtung der Verwaltung in Elsaß-Lothringen, baldmöglichst abgeändert werde, speziell in Bezug auf §§ 5, 6, 8, 10, 13, 14, 15.

Abg. Winterer: Das Gesetz vom 30. Dezember 1871 ist von Allen stets als ein Ausnahmegesetz angesehen worden, und ich muß meine Verwunderung darüber ausdrücken, daß die Regierung nach fünf Jahren seit Erlaß desselben noch nicht selbst mit einem Vorschlag hervorgetreten ist, jenes Diktaturgesetz zu ändern. Denn an allen schlimmen Zuständen in Elsaß-Lothringen trägt dieses Gesetz die größte Schuld. Wir haben nur sieben Paragraphen bezeichnet, welche wir zunächst abgeändert zu sehen wünschen, nicht als ob wir mit den übrigen einverstanden wären, sondern weil jene Paragraphen die schlimmsten des Gesetzes sind. § 5 bezieht sich auf die Berufung gegen Willkürmaßregeln von Verwaltungsbeamten. Während man anderswo in solchen Fällen an die freie Entscheidung des Richters geht, hat hier ein Verwaltungsbeamter über den andern zu entscheiden, und die Beschwerden können nur mit Genehmigung des Oberbeamten zur Ausführung gelangen. Hierzu tritt noch, daß die Beamten nicht einheimisch und ihre Interessen deshalb nicht mit denen des Landes verknüpft, und daß der einzige Weg gegen Willkürmaßregeln, der Appell an die Oeffentlichkeit, durch die Unterdrückung der Presse völlig abgeschnitten ist. Nach § 3 können dem Oberpräsidenten durch den Reichskanzler die Befugnisse ganz oder theilweise übertragen werden, welche nach den in Geltung stehenden französischen Gesetzen von den Ministerien auszuüben waren. Es kommt noch hinzu, daß es ganz in der Willkür des Reichskanzlers liegt, das Maß der übertragenen Befugnisse von der Persönlichkeit des Oberpräsidenten abhängig zu machen. Der Schwerpunkt der Beurtheilung aller Angelegenheiten wird hierdurch nach Berlin, nicht aber nach Straßburg, wie es nöthig wäre, verlegt. § 15 giebt uns einen Unterrichtsminister, aber nicht einen solchen, wie den französischen, sondern einen absoluten Beherrscher der Schule. Der § 10 ist der berüchtigste Paragraph und drückt dem ganzen Gesetz seinen Chrrakter auf. Er hat zwei Sätze. Der allgemeine lautet: „Bei Gefahr für die öffentliche Sicherheit ist der Oberpräsident ermächtigt, alle Maßregeln ungesäumt zu treffen, welche er zur Abwendung der Gefahr für erforderlich erachtet." Dieser Satz ist nun von dem Oberpräsidenten in der irrigsten Weise interpretirt worden. Er geht von der Ansicht aus, als ob die Entscheidung darüber, ob eine Gefahr vorliegt, in seinem subjectiven Ermessen und nicht in der Entscheidung der Civilgerichte liege und so kommt es, daß bei den geringsten Anlässen und unter den nichtigsten Vorwänden die härtesten Maßregeln ergriffen werden. Haben wir etwa je zu den Waffen gegriffen, und sind wir nicht stets auf dem loyalsten Wege vorgegangen? Wo finden Sie in irgend einem anderen Lande einen solchen Artikel, welcher ohne jeden Grund einen permanenten Belagerungszustand verhängt, so daß nach Belieben des Oberpräsidenten die Leute ausgewiesen werden. Das sind Dinge, die wohl kaum anderswo als in der Türkei vorkommen. Der zweite Satz des § 10 ertheilt auf unbestimmte Zeit dem Oberpräsidenten die Befugniß, „innerhalb des der Gefahr ausgesetzten Bezirkes diejenigen Gewalten auszuüben, welche § 9 des Gesetzes vom 9. August 1849 der Militärbehörde für den Fall des Belagerungszustandes zuweist." Mag eine solche Maßregel streng oder milde durchgeführt werden, dieselbe führt immer zu den drückendsten Ungerechtigkeiten. Aber man hat die Bestimmung mit eiserner Härte, besonders der Presse gegenüber ausgeführt, und ist sogar vielfach über die gesetzlichen Grenzen hinausgegangen. Wir fordern mit unserm Antrage nicht Aufhebung des Gesetzes vom 30. Dezember 1871, sondern nur Umänderung der härtesten Bestimmungen, damit wir nicht gänzlich in die Stellung von Heloten herabgedrückt werden. Geben Sie uns das zurück, was wir besessen haben. (Beifall im Centrum.)

Unterstaatssecretär Herzog: Wenn die Antragsteller wirklich ihrem Lande einen Dienst leisten, wenn sie dessen Beschwerden beseitigen wollten, dann hätten sie vorschlagen sollen, was sie an Stelle der angefochtenen Paragraphen zu setzen wünschen. Solche Vorschläge wären discutirbar gewesen und das Haus hätte darüber beschließen können. Bei der jetzigen Sachlage kann ich Ihnen nur die einfache Ablehnung des Antrages empfehlen.

Abg. Duncker: Wir haben in der vorhergehenden Debatte eingehend mit der Regierung über die Verwaltung Elsaß-Lothringens discutirt, und es herrschte wohl allseitig Uebereinstimmung darüber, daß es wünschenswerth sei, auf Grund der Regierungsvorlage noch in dieser Session ein Gesetz zu Stande zu bringen, welches den Elsaß-Lothringern das Gesetzgebungsrecht in ihren Angelegenheiten geben soll. Wir sind im Begriff, dem Lande Elsaß-Lothringen nicht nur das zu geben, was es besessen hat, sondern auch das, was es noch nie gehabt hat, nämlich das Recht der Gesetzgebung in seinen Angelegenheiten, welches es unter französischer Herrschaft nie gehabt hat. Ein solcher Augenblick ist nicht geeignet, daß sich der Reichstag mit den Details der Verwaltung von Elsaß-Lothringen befaßt, das wird dem Zusammenwirken des Landesausschusses mit der Regierung überlassen bleiben müssen. Wir werden bei der Budgetberathung unsere Hilfe durch Bewilligung von Geldern zur Einrichtung einer guten Verwaltung nicht versagen.

Abg. Reichensperger: Der Vorredner vertröstet auf die gesetzgeberische Gewalt des Landesausschusses. Wenn wirklich der Landesausschuß im gewöhnlichen Sinne des Wortes ein Abgeordnetenhaus würde, so ließe sich das ja hören; aber vorläufig ist davon noch gar nicht die Rede. Der Landesausschuß muß sich überhaupt eine einflußreiche Stellung der Regierung gegenüber erst erringen. Die Annahme dieses Antrages aber würde die Action des Landesausschusses, die ja auch Hr. Duncker wünscht, sehr stärken. Wenn wir eine Aenderung des geradezu unerträglichen Zustands in den Reichslanden wollen, so wird es sich empfehlen, wenn wir unseren Gefühlen in dieser Richtung einen energischen Ausdruck geben.

Der Antrag auf Verweisung an eine Commission wird abgelehnt, ebenso der Antrag selbst. Für denselben stimmen das Centrum, die Polen, die Elsaß-Lothringer (auch die Autonomisten) und der Däne Krüger. — Nächste Sitzung Montag.

Danzig, 19. März.

Unser Urtheil über die unerwartete Ablehnung das die Secundärbahnen betreffenden Gesetzentwurfes im Abgeordnetenhause hat wohl dazu beigetragen, daß die Gegner dieser Vorlage den Gegenstand auf der vorgestern abgehaltenen Generalversammlung des Centralvereins westpreußischer Landwirthe zur Besprechung brachten, die Bekämpfung der Vorlage zu rechtfertigen suchten. Wir haben die ablehnende Haltung einer vielleicht etwas scharfen Kritik unterzogen, das war unser Recht; die sich davon betroffen fühlten, haben unsere Beurtheilung wieder einer Kritik unterworfen, und das ist ihr gutes Recht. Um auch dem andern Theile Gehör zu verschaffen, können wir nichts Anderes thun, als die in der Debatte von hüben und drüben vorgebrachten Gründe in möglichst umfangreicher und unparteiischer Weise wiederzugeben (siehe Beilage) und dadurch es den Lesern zu ermöglichen, sich ein eigenes Urtheil zu bilden. Wenn aus unserer Kritik die Meinung hervorging, daß ein Theil der Abgeordneten aus „Unwissenheit" gesündigt, so konnten wir dabei am wenigsten an diejenigen Abgeordneten denken, welche zu unserm Leserkreis zu rechnen wir die Ehre haben; denn die „Danziger Zeitung" hat sich schon seit einer Reihe von Jahren mit den Localbahnen beschäftigt und der Besprechung dieses Gegenstandes vielleicht einen größern Raum gewidmet, als irgend ein anderes politisches Blatt in Deutschland. Dasselbe Material, welches, als es officiös geworden war, die „Köln. Ztg." für werth hielt, es sich von Berlin im Wortlaut telegraphiren zu lassen, hatten wir unsern Lesern schon Monate vorher vorgelegt. Gerade aus den Kreisen der Landwirthe haben wir mehrfach die lebhafteste Zustimmung zu unseren Bemühungen erhalten, wie wir dabei in erster Linie die Verkehrsbedürfnisse der Landwirthschaft im Auge gehabt haben. Am meisten scheint das Wort „Rancune" verletzt zu haben, und wir gestehen, daß die Schärfe unseres Urtheils wesentlich der Ansicht entsprang, daß bei der ablehnenden Haltung auch westpreußischer Abgeordneten weniger sachliche, als vielmehr — bewußt oder unbewußt — andere Motive mitgewirkt haben. Es schien uns, als ob man nicht überall bestrebt gewesen sei, zur Lösung der Frage beizutragen, sondern sie noch mehr zu compliciren und dadurch zu Falle zu bringen. Wir dachten: „A Bissele Lieb und a Bissele Treu und a Bissele Falschheit war allweil dabei." Nun ist vorgestern von competentester Seite die Versicherug abgegeben, daß nur wichtige sachliche Motive entscheidend gewesen seien, und wir nehmen gern von dieser Versicherung Act. Wenigstens hat unsere Kritik das Gute zur Folge gehabt, daß von beiden Seiten neues Material herangezogen, daß die Lösung der Frage dadurch gefördert wird. Wir empfehlen die in der Beilage ausführlich wiedergegebenen Debatten, in denen der eifrigste Förderer und zwei der bisherigen eifrigsten Gegner der Secundärbahnen aus Provinzial-Ausschuß und Landtag zu Worte kamen, der Beachtung aller Interessenten.

Wir waren es in der politischen Presse zuerst, die wir eifrig den Bestrebungen der Agrarier entgegentraten, und wir haben diesen Kampf Jahre hindurch fortgeführt. Wir wurden dazu weniger durch die aufgestellten agrarischen Forderungen, sondern weit mehr durch die Art und Weise veranlaßt, mit welcher der Kampf geführt wurde, mit welcher wirthschaftliche und politischen Fragen verquickt wurden; ferner wegen der Personen, die im Namen der Partei das Wort führten und wegen derer, die, wie wir wußten, hinter ihnen standen und die wirthschaftlichen Fragen zu andern Zwecken auszubeuten trachteten. Wir denken heute viel ruhiger; denn die Mitglieder des Verleumdungsringes sind heute gerichtet, mit Todten kämpfen wir nicht mehr. Mehr Beruhigung hat uns noch das Studium der letzten Verhandlungen des deutschen Landwirthschaftsrathes gegeben. Denn dort haben mit den anderen Landwirthen auch die, welche sonst als Vorkämpfer der Agrarier galten, für ihre Forderungen in einer Weise gekämpft, gegen die Niemand Etwas einwenden kann. Man bemühte sich von der verantwortlichen Stelle, welche einem Mitgliede jener Behörde zukommt, nicht zu beschuldigen, sondern zu beweisen, man sagte: Wir können in der Grundsteuerfrage u. s. w. noch nicht genau formulirte Anträge stellen; denn das vorhandene statistische Material reicht noch nicht aus, die Benachtheiligung, von der wir überzeugt sind, durch Zahlen und Thatsachen zu erhärten. Laßt uns erst das nothwendige Material herbeischaffen! Ein solches Verfahren verschafft sich an den Stellen, auf die man wirken will, von selbst Beachtung, es führt allein zum Ziele.

Wir haben in letzter Zeit die Erfahrung gemacht, daß wir eher mit einem Conservativen uns in einer Angelegenheit sachlich verständigen können, als mit einem der in den letzten Jahren „umgefallenen" Liberalen, der den Namen eines Liberalen nicht aufgeben will, aber mit dem Eifer eines Convertiten für das neue Evangelium kämpft und an reactionären Neigungen alle Conservativen übertrumpft. Die Gesetzgebung der letzten Jahre hat es mehrfach bewiesen, daß Liberale und Conservative wohl zu einer Verständigung in einer concreten Angelegenheit kommen können; daß sie, wenn sie auch von verschiedenen Grundanschauungen ausgehen, sich doch an einem gewissen Punkte vereinigen können, wenn sie die einhüllenden Worte abstreifen und die betreffende Angelegenheit sachlich behandeln. Einer solchen Behandlungsweise können sich, wie wir gesehen, die Conservativen eher bedienen, als jene Umgefallenen, deren Opposition gegen die neuere Gesetzgebung nicht auf einer positiven Grundanschauung, sondern auf einem unbestimmten unbehaglichen argwöhnischen Gefühl beruht das überall Benachtheiligung wittert. Wenn sie Vorschläge machen, so bringen die Letzteren darum nicht zuerst ihre Gründe, sondern zuerst ihre Verdächtigungen vor. Es ist eine sonderbare Methode, wenn man die, an welche man einen Wunsch zu richten hat, dadurch demselben geneigt machen will, daß man sie vorher mit Steinen bewirft!

Die vorgestrige Sitzung des Reichstages, die erste Berathung des bekannten auf Elsaß-Lothringen bezüglichen Gesetzentwurfes, ist ein erfreuliches Zeichen für den Umschwung, der sich in den Reichslanden zu vollziehen beginnt. Man fühlt es aus den Reden der Autonomisten heraus, wenn sie es auch nicht mit Worten sagen, daß sie sich bereits als Deutsche zu fühlen beginnen, und ihrer Partei gehört die Zukunft des Landes. Noch vor einem Jahre hätten wir nicht hoffen dürfen, daß die Versöhnung der Gemüther sich so schnell anbahnen würde.

Ueber die Angelegenheit des Hrn. v. Stosch laufen verschiedene Versionen um. Während einige Blätter wissen wollen, es sei ein Ausgleich zwischen dem Marineminister und dem Reichskanzler gefunden, der Erstere verbleibe in seiner Stellung, melden Andere, der Ausgleich habe sich noch in letzter Stunde zerschlagen, Stosch bestehe auf einer Erklärung des Fürsten Bismarck, dieser verweigere sie, der Conflict habe sich in schärfster Weise zugespitzt. Die „Kreuzztg." nennt schon die muthmaßlichen Nachfolger Stosch's: den General der Infanterie v. Bose, commandirenden General des 11. Armee-Corps, oder den General-Major v. Voigts-Rhetz, Director des allgemeinen Kriegs-Departements im Kriegsministerium.

Ignatieff speist heute bei Disraeli, morgen ist er bei der Königin Victoria, allgemein heißt es, der Ausgleich werde stattfinden, der Krieg vermieden werden. Aber wir möchten vor zu optimistischen Nachrichten warnen. Noch ist Manches zu ebnen. England verlangt, daß Rußland in irgend einer Form eine Erklärung abgeben solle, durch dieses sich zur Abrüstung verpflichtet, und Rußland sträubt sich; es verlangt, die Türkei solle mit der Abrüstung beginnen.

In Konstantinopel ist die Gährung im Wachsen begriffen, es ist bereits so wie vor dem Sturze Abdul Azis', man glaubt, daß eine Katastrophe nicht lange auf sich warten lassen könne.

Deutschland.

△ Berlin, 18. März. Die Ausschüsse des Bundesraths für Seewesen und für Handel und Verkehr haben beantragt, der Bundesrath wolle sich damit einverstanden erklären, daß über die Ausrüstung der deutschen Kauffahrteischiffe mit Booten, über die Verpflichtung der Maschinisten auf See-Dampfschiffen, vor der Zulassung zum Gewerbebetrieb den Besitz der dazu erforderlichen Kenntnisse nachzuweisen, Vorschriften erlassen werden, und den Reichskanzler ersuchen, dem Bundesrath geeignete Vorschläge vorzulegen; — den Reichskanzler ferner ersuchen, die Frage: ob die Seeschiffer und Steuerleute, welche als solche auf See-Dampfschiffen fungiren wollen, zum Nachweise ihrer Kenntnisse im Maschinenwesen zu verpflichten und demzufolge die für sie bestehenden Prufungsvorschriften auch auf diesen Gegenstand auszudehnen seien, einer Untersuchung durch Sachverständige unterziehen zu lassen und das Ergebniß derselben dem Bundesrath mitzutheilen.

— Der Kronprinz stattete vorgestern dem General v. Stosch einen Besuch ab.

— Die Stelle des Unter-Staatssecretär im Ministerium des Innern ist, wie der „K. Z." aus Colmar geschrieben wird, dem Bezirks-Präsidenten in Ober-Elsaß, v. Ernsthausen, angeboten und, dem Vernehmen nach, von ihm auch angenommen worden.

— Gegen den Grafen Harry Arnim hat das Berliner Stadtgericht unter dem 9. d. M. den im Mai v. J. erlassenen Steckbrief erneuert. Der Graf liegt gegenwärtig schwer krank in Nizza darnieder.

— Sr. M. Schiff „Hertha" ist, telegraphischer Nachricht zufolge, am 16. d. durch Sr. M. Schiff „Augusta" in Auckland abgelöst und hat an demselben Tage die Heimreise angetreten. — Sr. M. Schiff „Friedrich Carl" ist, telegraphischer Nachricht zufolge, am 16. d. Mts. in Gibraltar eingetroffen.

* Aus Malta, vom 16. März, wird telegraphirt: Prinz Karl und Prinzessin Elisabeth von Preußen haben sich heute nach Tunis eingeschifft,

wo dieselben einen achttägigen Aufenthalt zu nehmen gedenken. Dem Prinzen, der bei der Einschiffung sein Incognito abgelegt hatte, wurden von der Garnison und den Schiffen die gebührenden Ehren erwiesen.

* Die fünf elsaß-lothringischen Abgeordneten der Protestpartei Bezanson, Dollfus, Jaunez, Abel und Germain hatten bei dem Kaiser um eine Audienz nachgesucht. Im Auftrage desselben sind sie von dem Reichskanzler abschlägig mit dem Bemerken beschieden worden, daß sie etwaige Beschwerden über Maßregeln der Regierung schriftlich anbringen möchten.

Oesterreich-Ungarn.

Wien, 18. März. Die „Wiener Zeitung" veröffentlicht die Ernennung des Generalconsuls in Bukarest (s. Z. zweiter Delegirter Oesterreich-Ungarns bei der Konstantinopeler Conferenz) Frhrn. v. Calice und des Hofraths Frhrn. v. Schwegel zu Sectionschefs im Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten. (W. T.)

Frankreich.

Versailles, 16. März. Deputirtenkammer. Cassagnac führte in langer Rede aus, das Verlangen der Regierung, ihn wegen Preßvergehens zur gerichtlichen Verantwortung ziehen zu dürfen, stehe mit den republikanischen Prinzipien in Widerspruch, welche an absoluter Preßfreiheit festhielten. Dem entgegen wies Conseilpräsident Simon darauf hin, daß Cassagnac's Theorie, auf Grund von Prinzipien, die nicht die seinigen seien, Freiheit in Anspruch zu nehmen, unzulässig erscheine; diejenigen, die die Freiheit liebten, würden sonst stets das Opfer derjenigen sein, von welchen entgegengesetzten Anschauungen gehuldigt werde. Nach einer langen Debatte beschloß die Kammer mit 296 gegen 197 Stimmen, der Regierung die verlangte Ermächtigung zur Verfolgung Cassagnac's zu ertheilen. Die Intransigenten stimmten mit der Rechten gegen den Antrag auf Verfolgung.

Italien.

Rom, 14. März. König Victor Emanuel tritt heute in sein 58. Lebensjahr, und nimmt heute Vormittag die Gratulationen der Staatsminister, der Spitzen der Behörden, der Deputationen der Armee und der Marine und der Präsidenten der beiden gesetzgebenden Körper entgegen. Um 10 Uhr hält der Thronfolger, der heute seinen 34. Geburtstag feiert, eine Truppenparade ab, zu welcher die Mitglieder des diplomatischen Corps Einladungen erhalten haben. Auf Befehl des Magistrats wird heute Abend auf drei Plätzen die Musik spielen und die capitolinischen Paläste sollen brillant illuminirt werden. — Die Deputirtenkammer nahm gestern mit 172 gegen 43 Stimmen ohne bemerkenswerthe Zwischenfälle einen vom Unterrichtsminister vorgelegten Entwurf an zur Reorganisation der Lyceen, technischen Schulen und der zu letzteren vorbereitenden Gymnasien, in denen die alten Sprachen nicht gelehrt werden. Laut Art. 1 des Entwurfs sollen vom 1. Januar 1878 ab die geistlichen Directoren-Stellen jener Bildungsanstalten aufgehoben, Religions-Unterricht soll also in denselben künftig nicht mehr ertheilt werden.

England.

⊙ London, 15. März. Die Home-Ruler scheinen dem Deutschen Reiche viel Aufmerksamkeit zuzuwenden. Zwei Mitglieder derselben brachten Interpellationen über den bösen Bismarck ein. Owen Lewis, dessen Anfrage bereits an dieser Stelle mitgetheilt worden ist, erhielt von Secretär Bourke die sehr kurze und bündige Antwort: „Selbstverständlich liegt dem Auswärtigen Amt hierüber gar keine Nachricht vor." Capitän Nolan fragte, offenbar mit Bezugnahme auf die Auslassungen der „Times" über die Elsässer Optantenfrage, wie es denn mit den deutschen Unterthanen in England stehe, ob diese auch dem Militärzwange in der Heimat unterlägen, wie die Deutschen in Frankreich, welche durch ihre Ortskenntniß dem deutschen Heere so große Dienste geleistet hätten? Minister Croß erklärte: deutsche Unterthanen könnten in England sich hinbegeben, wohin sie wollten, und thun, was ihnen beliebte. Wie es mit ihrer Militärpflicht im Vaterlande stünde, davon wisse die englische Regierung nichts. — Es ist eine etwas erstaunliche Thatsache, schreibt ein englisches Blatt, daß deutsche Fabrikanten jetzt Scheeren und Sheffielder Stahl in Sheffield zu Preisen absetzen, die sich 10 bis 30 Proc. unter den localen Preisen bewegen. Man erklärt sich dies durch die Differenz in den Arbeitslöhnen, die in Deutschland viel niedriger als in Sheffield sind. Von dieser Ansicht ausgehend, stellte ein Mitglied des Sheffielder Scheeren-Fabrikanten-Verbandes den Antrag, Schritte zur Herabsetzung der Löhne zu thun. Der Vorschlag fand aber keinen Anklang. Nach einer vorgestern in Leeds gehaltenen Conferenz zwischen den Abgesandten der Kohlengruben-Besitzer und der Bergleute von West-Yorkshire nahmen die letzteren eine Lohn-Herabsetzung von 6½ Proc. an und lassen es so nicht zu dem angedrohten Strike kommen. Die Arbeitgeber hatten eine Herabsetzung von 10 Proc. vorgeschlagen.

Rußland.

Petersburg, 17. März. Nach amtlichen Mittheilungen, welche dem „Regierungsanzeiger" aus Kischeneff zugehen, ist der Gesundheitszustand der Südarmee ein durchaus befriedigender. (W. T.)

Danzig, 19. März.

* An der Ausmündung der Weichsel bei Neufähr herrschte gestern und heute wieder ziemlich lebhaftes Eistreiben. Gestern Mittags hörte dasselbe plötzlich ganz auf, erneute sich aber heute Morgens wieder. Die Ausmündungsrinnen sind frei, Wasserstand an der Plehnendorfer Schleuse 11 Fuß 11 Zoll resp. 11 Fuß 5 Zoll. Auf der Strecke zwischen Marienwerder und Thorn hat sich gestern ein leichtes Steigen des Wasserstandes bemerkbar gemacht; die Eisdecke hat überall schon bedeutend an Festigkeit verloren, was in Verbindung mit dem langsamen Thauwetter die Hoffnung auf einen glücklichen Verlauf des Eisganges neu belebt. In der überschwemmten Rogat-Niederung sind jetzt bereits die Wasserabmahlmühlen in voller Thätigkeit. Der Nothdamm bei Fischerskampe ist jetzt völlig dicht.

* Traject über die Weichsel. [Nach dem Aushange auf dem hiesigen Bahnhof.] Terespol-Culm: per Kahn nur bei Tage; Warlubien-Graudenz: zu Fuß über die Eisdecke nur bei Tage, bei Nacht unterbrochen; Czerwinsk-Marienwerder: zu Fuß über die Eisdecke nur bei Tage, bei Nacht unterbrochen.

---

8 Bekanntlich hat der Provinzial-Ausschuß in seiner Februarsitzung (gegen die Stimmen seiner sämmtlichen westpreußischen Mitglieder) beschlossen, eine Deputation abzusenden mit dem Auftrage, bei dem Ministerium die Bestätigung des von dem Provinziallandtage gefaßten Beschlusses wegen Aufnahme einer Provinzial-Anleihe von 8 Millionen Mk. nachzusuchen. Die Deputation erhielt von dem Minister des Innern den Bescheid, daß, nachdem das Ministerium den Gesetzentwurf wegen Theilung der Provinz dem Landtage der Monarchie vorgelegt habe, er die Genehmigung der Anleihe nicht in Aussicht stellen könne; wogegen der Handelsminister sich geneigt zeigte, für die Bestätigung des Anleihebeschlusses einzutreten, damit die Provinz nicht wegen der Fortführung der Chausseebauten in Verlegenheit gerathe. Nachträglich scheinen die divergirenden Meinungen der beiden Minister einen Vereinigungspunkt gefunden zu haben, denn es ist jetzt die Anleihe in Höhe von 3 000 000, Mk. genehmigt worden. Bei der Wichtigkeit des Gegenstandes theilen wir das betreffende Rescript des Ministers des Innern seinem hauptsächlichsten Inhalte nach mit: Durch den mittlerweile von dem Landtage der Monarchie genehmigten Gesetzentwurf, betreffend die Theilung der Provinz Preußen, welcher voraussichtlich binnen Kurzem die kgl. Sanction erhalten werde, seien die Voraussetzungen, unter denen der Anleihebeschluß von dem Provinzial-Landtage gefaßt wurde, wesentlich verändert worden; der Herr Minister könne aus diesem Grunde die Anleihe in ihrer Totalität nicht genehmigen. Dieselbe zerfalle in zwei Theile: I. Drei Millionen Mark sollen aufgenommen werden, um, in Gemäßheit des auf die Vorlage No. 20 des Provinzial-Ausschusses von dem Provinzial-Landtage gefaßten Beschlusses, eine beschleunigte Abwickelung der aus dem Regulativ vom 1. Juli 1854 herrührenden, den Kreisen gegenüber eingegangenen Chausseebau-Prämien-Verpflichtungen herbeizuführen. So anerkennenswerth die Tendenz dieses Beschlusses sein möge, so sei doch nicht zu übersehen, daß derselbe gegen die Stimmen fast sämmtlicher westpreußischen Provinzial-Landtags-Abgeordneten gefaßt werden, und daß das Bedürfniß einer Subvention seitens der Provinz für die Chausseebauprämienfonds der ostpreußischen und westpreußischen Regierungsbezirke ein erheblich verschiedenes sei. Es scheine daher dem Minister mit Rücksicht auf die mit dem 1. April 1878 in Vollzug zu setzende Theilung der Provinz richtiger, daß der fragliche Beschluß nicht zur Ausführung gelange, es vielmehr den Beschlüssen der neu zu bildenden Provinzial-Verbände Ost- und Westpreußen überlassen werde, inwieweit sie die Abwickelung der Prämien Verbindlichkeiten innerhalb ihrer Bezirke aus Provinzialmitteln unterstützen wollen. Der Aufnahme einer Anleihe von 3 Millionen Mark zu dem gedachten Zweck müsse daher der Minister seine Genehmigung versagen. — II. Was den zweiten Theil der Anleihe im Betrage von 5 Millionen Mark betreffe, so sei derselbe zur Beschaffung außerordentlicher Mittel zur Erfüllung der durch das Dotationsgesetz vom 8. Juli 1875 von dem Staat auf die Provinz übertragenen Verpflichtungen zur Fortführung von Chausseebauten und Chausseebauprämien, sowie zum Bau der Chausseen Osterode-Löbau und Christburg-Alt Dollstadt bestimmt. Die Berechnung sei jedoch pro 1877 und 1878 angelegt. Da aber von dem 1. April 1878 ab Ost- und Westpreußen nach ihren eigenen Etats zu wirthschaften haben werden, so werde der alsbald nach Schluß des Reichstags einzuberufende Provinzial-Landtag von Preußen den Etat auf die Zeit bis zum 1. April 1878 zu beschränken haben. Inzwischen sei es von Interesse, daß der von dem Provinzial-Landtage in Betreff des Chausseebaues bezw. der Prämiirung von Kreis-Chausseebauten nach der Vorlage Nr. 36 des Provinzial-Ausschusses festgestellte Plan keine Störung erfahre. Dazu werde jedoch nach der vorerwähnten Berechnung voraussichtlich der Betrag von 3 Millionen ausreichen. Der Minister genehmige daher mit Rücksicht darauf, daß nach dem Beschluß des Provinzial-Landtages die Anleihe nur nach Bedarf effectuirt werden solle, die für Chausseebau-Zwecke beschlossene Anleihe auf Höhe von 3 Millionen Mark. Dabei setze er voraus, daß es gelingen werde, diese Anleihe ohne Ausgabe von Provinzial-Obligationen zu bewirken, da es nicht für zulässig zu erachten sein würde, angesichts der bevorstehenden Trennung der Provinz noch Obligationen auf den Gesammtnamen derselben zu emittiren. Die weitere Regelung der Chausseeangelegenheiten werde in Verbindung zu bringen sein mit den Verhandlungen, welche nach § 4 des Gesetzentwurfs über die Theilung der Provinz Preußen demnächst einzuleiten sein würden, um die finanzielle Auseinandersetzung zwischen Ost- und Westpreußen zu bewirken.

* Wie schon erwähnt worden, ist der Wiederzusammentritt des Provinzial-Landtages der Provinz Preußen für den Monat Mai in Aussicht genommen. Zur Vorbereitung der Vorlagen für denselben wird der Provinzial-Ausschuß im nächsten Monat wieder zusammentreten, und zwar ist für seine Sitzungen die dritte Woche des Monats April in Aussicht genommen.

* Im Hotel du Nord hierselbst werden am Donnerstag zur Geburtstagsfeier des Kaisers drei verschiedene Festmahle stattfinden, und zwar im Apollosaale für die Vertreter sämmtlicher Behörden, in den unteren Räumlichkeiten für die hiesigen Offiziere und Verwaltungsbeamten der kais. Marine und für das Offizier-Corps des 1. Leibhusaren-Regiments Nr. 1, ferner veranstalten zur Feier dieses Tages die Offizier-Corps der einzelnen Regimenter, die Landwehr-Offiziere und die Schützengilde Festmahle, und das Personal der Gewehrfabrik und der Artillerie-Werkstatt durch Ballfestlichkeiten im Selonke'schen Etablissement den Tag begehen werden.

* Die vor kurzem erfolgte Wahl des Herrn Landesdirector Rickert zum Ehrenpräsidenten des hiesigen Vorschußvereins hatte zur Veranstaltung eines Festmahls Veranlassung gegeben, zu welchem der Vorstand und Verwaltungsrath und eine größere Anzahl Mitglieder des Vorschußvereins am Sonnabend Abend im Apollosaale mit ihrem bisherigen Vorsitzenden, der eine kurze Pause in den Reichstags-Verhandlungen benutzt hatte, um der vom Fest-Comité an ihn gerichteten Einladung Folge zu leisten, sich vereinigten. Dem Mahle voraus ging die Ueberreichung des kunstvoll ausgeführten, in einer geschmackvollen Sammetmappe enthaltenen Diploms für den neuen Ehrenpräsidenten durch den langjährigen Stellvertreter des Hrn. Rickert, Hrn. Rentier v. Dühren, der in seiner Ansprache Hrn. R. ersuchte, dasselbe als ein Dankeszeichen der Mitglieder für seine ersprießliche Wirksamkeit als Stifter und Leiter des Vorschußvereins zu betrachten. In seiner Antwort entgegnete der Gefeierte, daß er hoffe, in nicht mehr ferner Zeit sich wieder activ an den Geschäften der Verwaltung des Vereins betheiligen zu können, und daß er dann um so lieber von den ihm durch das Diplom verliehenen Rechten Gebrauch zu machen gedenke, was beifällig begrüßt wurde. Bei dem Festmahle selbst herrschte der fröhlichste gesellige Verkehr zwischen allen Theilnehmern, welcher diese bis nach Mitternacht beisammen hielt. Den üblichen Toasten auf den Kaiser und das Vaterland schlossen solche auf den neuen Ehrenpräsidenten (von Hrn. Fritsch ausgebracht), auf Schulze-Delitzsch (von Hrn. v. Dühren) auf den Vorschußverein und das genossenschaftliche Streben (von Hrn. Rickert) und noch mancher andere sich an, während in den Zwischenpausen die Keil'sche Kapelle heitere Musikweisen ertönen ließ.

* Der norwegische Schooner „Aaland", Capt. Sorpeland, kürzlich mit Weizen von Danzig nach Sunderland ausgegangen, hat unterwegs durch Eis so erhebliche Beschädigungen erlitten, daß er die Pumpen beständig in Gang halten und in den Nothhafen Stavanger einlaufen mußte, wo die Ladung gelöscht und eine größere Reparatur vorgenommen werden muß.

* In letzter Woche sind in der hiesigen Suppen-Anstalt ausgegeben: Montag 906, Dienstag 926, Mittwoch 937, Donnerstag 934, Freitag 907, Sonnabend 879 und Sonntag 926, zusammen 6415 Portionen. Für die Zeit vom 17. bis 21. d. M. sind 917 Portionen pro Tag bewilligt.

* [Selonke's Theater.] Morgen findet das Benefiz für den technischen Leiter dieser Bühne, Herrn Justmüller, statt, bei welchem Frl. Bernhardt und Hr. L. Ellmenreich vom Stadttheater wieder mitwirken. Zur Aufführung kommt Benedix' Lustspiel, „Das Gefängniß", in welchem die Gäste die Hauptpartien übernommen haben.

* Der hiesiger Krieger-Verein feierte am Sonnabend durch einen Ball im Schützenhause sein Stiftungsfest, mit dem eine Vorfeier des 80jährigen Geburtstages des Kaisers verbunden wurde.

* Herr Theater-Unternehmer Buggert aus Danzig wird am 18. April in Tilsit einen Cyclus von Opern-Vorstellungen beginnen.

* In der Nähe des Dorfes Neumühl bei Margrabowa ist am letzten Freitag ein 20jähriges Mädchen, die Tochter eines sehr achtbaren Besitzers aus Pierdzulewen, ermordet worden. Man fand die Leiche desselben mit durchschnittenem Halse, außerdem mit vielen Schnittwunden am Oberkörper bedeckt, in einem Gesträuch liegen. Der Mörder ist noch nicht ermittelt.

* Die für das Dorf Kölln, Kreis Neustadt, auf den 3. Mai und 21. August d. J. anberaumten Kram- und Viehmärkte sind durch Beschluß des Provinzial-Raths der Provinz Preußen auf den 10. April bezw. 20. November d. J. verlegt worden.

* Gegen den Bierfahrer L., der sich am Freitag freiwillig zur Haft stellte, weil er eine von ihm auf Höhe von 300 ℳ. angegebene Summe unterschlagen hatte, sind inzwischen vielfache neue Unterschlagungen ermittelt, die er in drei verschiedenen hiesigen Conditionen verübt hat und deren Gesammtbetrag sich bis jetzt auf 1200 ℳ. beläuft.

** [Polizeibericht.] Verhaftet: der Kaufmann F. auf Requisition des K. Kreisgerichts zu Frankfurt a. O. wegen Theilnahme an betrüglichem Bankerott; die Arbeiter M. und B. wegen Hausfriedensbruch; der Knecht C., die unverehelichte P. wegen Diebstahls; der Arbeiter N. und der Tischlergeselle G. wegen Körperverletzung; die Schüler Sch. M. und W. wegen nächtlicher Ruhestörung; 21 Obdachlose; 1 Bettler.

Gestohlen: dem Gutsbesitzer N. in Kokoschken mehrere Bettstücke, 1 Deckengurt, 2 Pferdedecken und ½ Elle blauer Boi; dem Ingenieur N. aus seinem Keller durch Einbruch ein Beil und Brennmaterial; ein Theil von der Barriere des Mühlenteiches bei Neuschottland durch die Arbeiter Sch., N. und W.; der Seefahrer Cz. und der Arbeiter G. versuchten sich heimlich mit einem beim Kaufmann J. gekauften Spatenstiele ohne Bezahlung zu entfernen, wurden daran aber gehindert. Einige Tage später lauerten sie in der Nähe des Ladens dem Knechte G. auf, welchen sie im Verdachte hatten, sie verrathen zu haben, und mißhandelten denselben, drohten ihm auch noch mit weiteren Mißhandlungen.

Der Kaufmann H. hat die Bestrafung des Arbeiters B. wegen Hausfriedenbruchs, der Kaufmann F. die des Commis D. wegen Mißhandlung, der Productenhändler L. die des Arbeiters B. wegen Unterschlagung beantragt.

Gefunden ein Schlüssel zum Schnepperschloß, ein Pince-nez in Metallfassung am 17. d. auf dem Trottoir der Langgasse.

Die Schuhmacher N'schen Eheleute, der Stiefsohn und die Mutter des N., sowie der Arbeiter E. haben wiederholt in Schellingsfelde sehr groben Unfug verübt. Am 17. entstand in der Sasperstraße in Folge einer Schlägerei zwischen den Arbeitern K. und v. M. ein Volksauflauf.

Am 17. V.-M. gerieth Sandgrube 28 der Schornstein in Brand, das Feuer wurde durch die Hausbewohner gelöscht. An demselben Tage Abends halb 10 Uhr brannten im Erdgeschosse des Hauses Hinter Adlers Brauhaus 16 ein Fenster, das daneben befindliche Stroh und die benachbarten Holztheile. Die Feuerwehr löschte das Feuer in kurzer Zeit durch Ausgießen und Beseitigen des brennenden Strohes.

Dirschau, 18. März. Dem hiesigen Magistrat ist die Nachricht zugegangen, daß die kgl. Eisenbahn-Commission beabsichtigt, die für den Betrieb der Strecke Königsberg-Dirschau dienenden Maschinen nach hier translociren und stationiren zu lassen. Selbstverständlich ist hiermit die Uebersiedelung von circa fünfzig Locomotivbeamten verbunden. — Bei der hiesigen Bürgerschule erfolgt mit Beginn des neuen Schuljahres die Eröffnung der Ober-Tertia und der Octava bei der Vorschule. (A. Z.)

Königsberg, 18. März. Die zur Balancirung unseres Comunal-Budgets erforderliche Erhöhung des Zuschlags zur Klassensteuer und Einkommensteuer von 220 auf 240 % ist, wie die „Ostpr. Ztg." meldet, von der kgl. Regierung nicht genehmigt worden. Die Gründe dieses auffallenden Eingriffs in das communale Selbstbesteuerungsrecht sind leider in dem betr. Blatte nicht angedeutet, dasselbe fügt nur hinzu, der Magistrat wolle die Einsetzung einer gemischten Commission beantragen, um über ein neues Steuersystem zu berathen. — Unter der Leitung der Herren Kaufmann Brausewetter, Stadtkämmerer Hoffmann, Professor Güterbock, Commerzienrath Wien, Dr. Falkson, Conditor Neuhaus und Dr. Simon hat sich hier ein nationalliberaler Verein für Stadt und Land gebildet, dem bis jetzt 98 Mitglieder beigetreten sind. — Die neulich erwähnte angebliche Gutstheilungs-Idee des Herrn Max Herbig wird zwar aufrecht erhalten, jetzt aber hinzugefügt, daß die Verwirklichung derselben daran scheitere, daß das Gut Maraunen nicht Herrn Herbig, sondern dessen Gattin gehöre, welche sonach nicht geneigt zu sein scheint, ihren Besitz mit den Instleuten des Gutes zu theilen.

⌘ Bromberg, 18. März. Unser Oberbürgermeister Boie, dem kürzlich unter Wiederaufnahme in den Justizdienst die Stelle eines Rechtsanwalts und Notars in Thorn übertragen worden, ist am letzten Freitag von der Stadtverordneten-Versammlung in Potsdam mit 6 Stimmen Majorität zum zweiten Bürgermeister gewählt worden. — Der an der hiesigen höheren Töchterschule angestellte Lehrer Skierecki hat vorgestern mit seiner Familie den hiesigen Ort verlassen. Welche Gründe ihn zu dem auffälligen Verschwinden veranlaßt haben, ist zur Zeit noch nicht genau bekannt.

Börsen-Depeschen der Danziger Zeitung.

Die heute fällige Berliner Börsen-Depesche war beim Schluß des Blattes noch nicht eingetroffen.

Hamburg, 17. März. [Productenmarkt.] Weizen loco still, auf Termine ruhig. — Roggen loco ruhig, auf Termine still. — Weizen ⅌ April-Mai 126℔ 216 Br., 215 Gd., ⅌ Juni-Juli 126℔ 1000 Kilo 222 Br., 221 Gd. — Roggen ⅌ April-Mai 154 Br., 153 Gd., ⅌ Juni-Juli 1000 Kilo 159 Br., 158 Gd. — Hafer ruhig. — Gerste unverändert. Rüböl ruhig, loco 67, ⅌ Mai ⅌ 200℔ 66½. — Spiritus ruhig, ⅌ 100 Liter 100 pCt. ⅌ März 43¼, ⅌ April-Mai 43¼, ⅌ Mai-Juni 43¼, ⅌ Juli-August 45. — Kaffee fest, aber ruhig, Umsatz 2000 Sack. — Petroleum fest, Standard white loco 14,25 Br., 14,00 Gd., ⅌ März 13,75 Gd., ⅌ August-Dezember 15,10 Gd. — Wetter: Schneeböen.

Bremen, 17. März. Petroleum. (Schlußbericht.) Standard white loco 14,00, ⅌ März 14,00, ⅌ April 14,25, ⅌ Mai 14,25, ⅌ August-Dezember 15,50.

Danziger Börse.

Amtliche Notirungen am 19. März.

Weizen loco schwach zugeführt, ⅌ Tonne von 2000℔

feinglasig u. weiß	130-135℔	228-235 ℳ Br.	
hochbunt . . .	127-133℔	225-232 ℳ Br.	
hellbunt . . .	126-130℔	225-230 ℳ Br.	180-227
bunt	125-131℔	218-223 ℳ Br.	ℳ bez.
roth	128-132℔	217-222 ℳ Br.	
ordinair . . .	112-132℔	185-205 ℳ Br.	

Regulirungspreis 126℔ bunt lieferbar 216 ℳ

Auf Lieferung ⅌ April-Mai 218 ℳ Br., 215 ℳ Gd., ⅌ Mai-Juni 217 ℳ Br., 216 ℳ Gd., ⅌ Juni-Juli 220 ℳ Br., 218 ℳ Gd.

Roggen loco billiger, ⅌ Tonne von 2000℔

Inländischer 155-159 ℳ, russischer 144—147 ℳ ⅌ 120℔ bez.

Regulirungspreis 120℔ lieferbar 153 ℳ

Auf Lieferung ⅌ April-Mai unterpolnischer 163 ℳ Brief, 160 ℳ Gd.

Gerste loco ⅌ Tonne von 2000℔ große 111 bis 116℔ 156-162 ℳ, russische 110℔ 120 ℳ

Erbsen loco ⅌ Tonne von 2000℔ weiße Koch- 136/7 ℳ, Mittel- 131 ℳ, weiße Futter- ⅌ April-Mai 136 ℳ Br.

Wicken loco ⅌ Tonne von 2000℔ 135 ℳ

Kleesaat loco ⅌ Tonne von 200℔ schwedisch 200 ℳ

Spiritus loco ⅌ 10,000 pCt. Liter 50 ℳ bez.

Wechsel- und Fondscourse. London, 8 Tage, 20,465 Gd. 4½ pCt. Preußische Consolidirte Staatsanleihe 103,75 Gd. 3½ pCt. Preußische Staatsschuldscheine 92,00 Gd. 3½ pCt. Westpr. Pfandbriefe, ritterschaftlich 82,40 Gd., 4 pCt. do. do. 92,70 Gd., 4½ pCt. do. do. 101,65 Br. 5 pCt. Danziger Hypotheken-Pfandbriefe 99,00 Br. 5 pCt. Pommersche Hypotheken-Pfandbriefe 100,75 Br. 5 pCt. Stettiner National-Hypotheken-Pfandbriefe 101,25 Br.

Das Vorsteheramt der Kaufmannschaft.

Danzig, den 19. März 1877.

Getreide-Börse. Wetter: schön. Wind: Süd.

Weizen loco wurde beim Beginn des heutigen Marktes in guter und feiner Qualität zwar noch zu vollen Sonnabendspreisen gekauft, im weiteren Verlauf und zum Schluß desselben jedoch ermattete die Stimmung, Preise blieben schwach behauptet und besonders die abfallenden russischen Partien waren schwierig überhaupt zu verkaufen. 270 Tonnen sind gehandelt worden, und ist bezahlt für russischen 115, 121℔ 191, 192 ℳ, besseren 116/7, 121, 123℔ 195, 202 ℳ, feucht 117℔ 180 ℳ, Hinterweizen 113℔ 190 ℳ, glasig 129℔ 219, 220 ℳ, hochbunt glasig 130/1, 131, 131/2℔ 223, 224 ℳ, 132/3, 136℔ 225, 226 ℳ, hellbunt 128/9℔ 224 ℳ ⅌ Tonne. Termine nicht gehandelt, April-Mai 216 ℳ Br., 215 ℳ Gd., Mai-Juni 217 ℳ Br., 216 ℳ Gd., Juni-Juli 220 ℳ Br., 218 ℳ Gd. Regulirungspreis 216 ℳ

Roggen loco sowohl in inländischer als russischer Waare billiger verkauft. Inländischer ist 123℔ 158 ℳ, 125℔ 160, 161 ℳ durch Consumenten, 123℔ 162 ℳ ⅌ Tonne bezahlt. Russischer brachte 113/4℔ 137½ ℳ, 116℔ 141 ℳ, 117℔ 142 ℳ, 118℔ 143½, 144 ℳ, 119℔ 145 ℳ, 119/20℔ 146 ℳ, 121/2℔ 148½ ℳ ⅌ Tonne. Termine geschäftslos, unterpolnischer April-Mai 163 ℳ Br. Regulirungspreis 153 ℳ — Gerste loco gefragt in bester großer Waare, und ist bezahlt für 111/2, 116℔ 156, 158, 160 ℳ, 115/6℔ 162 ℳ und darüber ⅌ Tonne. Russische 110℔ brachte 120 ℳ ⅌ Tonne. — Erbsen loco Mittel- 131 ℳ, Koch- 136, 137 ℳ ⅌ Tonne bezahlt. Termine Futter- April-Mai 136 ℳ Br. — Wicken loco schwer zu verkaufen, mühsam 135 ℳ ⅌ Tonne bedungen. — Spiritus loco ist zu 50 ℳ ⅌ 10 000 Liter pCt. gekauft.

Schiffs-Liste.

Neufahrwasser, 17. März. Wind: W

Angekommen: Fanny v. Schack, Staben, Grangemouth, Kohlen. — Ben Macdui (SD.), Duncan, Burntisland, Kohlen. — Petrus, Ebeling, Kopenhagen, Feldspath. — Hellmuth, Kemp, Flensburg, Güter. — Carl (SD.), Krützfeldt, Pillau, Güter (bestimmt nach Kiel).

18. März. Wind: NNW.

Gesegelt: Irwell (SD.), Leng, Hull; Hecla (SD.), Bakker, Amsterdam; Love Bird (SD.), Lietz, London; sämmtlich mit Getreide. — Carl (SD.), Krützfeldt, Kiel, Güter.

Angekommen: Dagmar (SD.), Petersen, Antwerpen (via Pillau), Güter. — Black Sea (SD.), Darling, Swinemünde, leer. — Arthur (SD.), Totte, Stolpmünde, Ballast.

19. März. Wind: S.

Angekommen: Victor, Melander, Travemünde; Sovinto, Mickelsen, Travemünde; beide mit Ballast.

Gesegelt: Holger, Jessen, Kopenhagen, Stäbe. — Embla, C. Mikkelsen, Liverpool, Melasse. — Auguste, Haase, Gloucester; Hans Detlef, Christensen, Stavanger; beide mit Getreide.

Nichts in Sicht.

Thorn, 17. März. Wasserstand: 14 Fuß 3 Zoll. Wind: W. Wetter: schön.

Der Eisstand auf der Weichsel ist bis jetzt noch unverändert.

Meteorologische Beobachtungen.

März	Stunde	Barometer-Stand in Par. Linien	Thermometer im Freien.	Wind und Wetter.
18	12	333,34	+ 1,0	WNW., mäßig, wolkig.
19	8	335,52	— 0,1	SSO., flau, wolkig.
	12	334,34	+ 4,3	SSW., flau, hell, klar.

Glockenthor No. 35. Glockenthor No. 35.

Die Restbestände

des zur

C. Scharlinski'schen Concursmasse

gehörigen Waaren-Lagers, umfassend:
Sommerüberzieher, ganze Anzüge, schwarze Tuch- und couleurte Gehröcke, Einsegnungsanzüge, Jaquets, Beinkleider, Westen, Schlafröcke, Camisols, Herrentücher, Hosenträger etc.
werden zu enorm billigen Preisen von Morgens 8 bis Abends 8 Uhr ausverkauft.
Einen Posten Sommerstoffe von der Elle in reiner Wolle von $17\frac{1}{2}$ Sgr. an, Sommerüberzieher $4\frac{1}{4}$ Thlr., Hosen $1\frac{3}{4}$ Thlr. ganze Anzüge in reiner Wolle 7 Thlr.,

---

Gardinen jeder Art

in nur haltbarsten Qualitäten empfiehlt **zu jetzigen sehr billigen Preisen,** sowie
viele Muster eleganter schweizer Gardinen,
von denen nur 2 und 3 Fenster vorhanden, **unterm Kostenpreise.**
Langgasse No. 32. Ernst Crohn, Langgasse No. 32.

Nach Empfang

der von uns aus den renommirtesten Fabriken des In- und Auslandes bezogenen

Frühjahrs- und Sommer-Stoffe

bieten unsere Gros-Läger die brillanteste Auswahl in nur gediegenen, farbenächten Stoffen für

Sommerüberzieher, ganze Anzüge, Beinkleider und Westen.

Indem wir dieses zur Kenntniß unserer **werthgeschätzten Kunden,** den Herren Schneidermeistern Danzigs und **Umgegend** bringen, erlauben uns wiederholt zu bemerken, daß der Verkauf einzelner Meter **streng zu Engros-Preisen** geschieht.

Unsere Geschäftsgrundsätze: „Durch äußerst billige Engros-Preise, und **streng reelle Bedienung, einen möglichst großen Umsatz zu erzielen, werden, wie bereits seit 8 Jahren, stets dieselben bleiben. Aeußerst geringe Geschäftsunkosten, sowie vortheilhafteste Einkäufe, bürgen für die Durchführung unseres Princips."**

Für das seit dem Bestehen unseres Etablissements in so reichem Maße uns geschenkte Vertrauen dankend, bitten wir um Erhaltung desselben für die Zukunft und laden zu zahlreichen Ankäufen ergebenst ein.

2397) **Riess & Reimann,**
Breitgasse No. 56.

Potrykus & Fuchs

Leinenhandlung, Wäschefabrik,
10. Wollwebergasse 10,
empfehlen
ihr Lager fertiger Wäsche für Damen, Herren und Kinder.

Oberhemden

in vorzüglicher Ausführung unter Garantie des Gutsitzens.

Statt jeder besonderer Meldung.

Hiermit beehre ich mich ganz ergebenst anzuzeigen, daß heute Morgens 1 Uhr, meine liebe Frau **Emma,** geb. **Luther,** glücklich und leicht von einem kräftigen Mädchen entbunden ist.
Danzig, den 18. März 1877.
2436) **A. Fritze,** Stadtrath.

Die Verlobung meiner Tochter **Elisabeth** mit dem Kaufmann Herrn **Valentin Potrykus** beehre ich mich hiermit ergebenst anzuzeigen.
Danzig, den 18. März 1877.
2403) **J. D. Zacharias.**

Gestern 6½ Uhr Abends starb nach längerem Leiden in Folge der Entbindung meine liebe Frau, unsere gute Tochter, Schwester, Schwägerin und Tante,

Frau Laura Jansen,
geb. **Treitschke,**
im 26. Lebensjahre.
Dieses zeigen wir tief betrübt an.
Danzig, den 19. März 1877.
2410) **Die Hinterbliebenen.**

Visitenkarten,

100 Stück fein lithographirt für 1,50 M. Bestellungen werden entgegen genommen in den Cigarrenläden von **Hubert Gotzmann, Heilige Geistgasse No. 13** und **Kalkgasse 2** am Jakobsthor.

Prima
Emmenth. Schweizerkäse
2405) empfiehlt
Otto Frost, Breitgasse 89.

צל פסח
empfehle **Kauscher-Weine,** sowie sämmtl. **Colonialwaaren.**
G. A. Rehan.
Die obigen Weine sind von Herrn M. L. Danziger gefüllt und gesiegelt.

על פסח
Sämmtliche **Osterwaaren,** außerdem **Bisquitkuchen, Macronen** 2c. allerbilligst bei **Helene Paradies Ww.**
2440) **Breitgasse 33.**

Passions-Concert

in der St. Marien-Kirche.

Am **Charfreitage,** Abends 7½ Uhr, findet das alljährliche Passions-Concert zum Besten der Armen unserer Diaconie unter der musikalischen Leitung unserer Herren Organisten, unter gefälliger Mitwirkung hiesiger Opernkräfte, geschätzter Dilettanten, sowie der verstärkten Capelle des Herrn Capellmeister Buchholz und des St. Marien- à capella-Kirchenchores statt.

Programm. 1. Concert-Einleitung, Orgel, Herr Musikdirector Markull. — 2. „O Haupt voll Blut und Wunden" à capella-Choral. — 3. Das berühmte **Miserere** von Gregorio Allegri, welches alljährlich in der Sixtini'schen Capelle zu Rom in der Charwoche aufgeführt wird, Doppel- à capella-Chor. — 4. „Die sieben Worte des Erlösers", Charfreitag-Oratorium, für Soli, Chöre und Orchester von J. Haydn. — 5. „Wenn ich einmal soll scheiden, à capella-Choral.
Alles Nähere später.
Um gütige Unterstützung und rege Betheiligung bittet (2396
der Vorstand der Armen-Diaconie an St. Marien.

Unsortirte reine Havanna-Cigarren

pro Mille 80 M. (noch nie dagewesen) empfiehlt der geneigten Beachtung
2394) **R. Martens,**
Brodbänkengasse 9, Ecke der Kürschnergasse.

So eben erhielt und empfiehlt, hauptsächlich den Herren Gutsbesitzern, Marine-Offizieren und Schiffs-Capitainen, etwas noch nie Dagewesenes in Regenmänteln, welche tagelang im Wasser liegen können ohne auch nur durchzufeuchten, und in jeder beliebigen Façon als Ueberzieher, Rock oder Mantel nach Maß angefertigt werden, ebenso auch von jedem feinen Mann ohne aufzufallen getragen werden können, da der Stoff vollständig wie Paletotstoff aussieht.

Gleichzeitig nehme Bestellungen auf sämmtliche Herren-Garderoben von den modernsten Stoffen, unter Garantie des guten Sitzens und vorzüglicher Arbeit, entgegen.

2441) **A. Fünckenstein, Langgasse No. 80.**

Wickbolder Märzen-Bier

in 1/8, 1/4, 1/2 und 1/1 Tonnen (altes Maaß), offerirt zu **Brauerei-Preisen** unter Hinzurechnung der Fracht
C. H. Kiesau.

Von Gütern jeder Größe

werden Kauf- und Pachtanschläge für zahlreiche Gutskäufer und Pächter erbeten, durch
Th. Kleemann,
Danzig, Brodbänkengasse 33.

Wildschweine

offerirt die Wildhandlung **Trinitatis-Kirchengasse No. 8.** (2438

Veränderungshalber ist in der Nähe Danzigs eine rentables Geschäftsgrundstück mit einer culm. Hufe Land, unter günstigen Bedingungen, bei solider Anzahlung zu verkaufen. Näheres wird ertheilt Danzig, Fleischergasse Nr. 16, Parterre. (2435

Ein Lehrling, mit guter Schulbildung, wird zum 1. April von einem größeren kaufmänn. Geschäft gesucht. Selbstgeschr. Adressen werden unter 2399 in der Exp. dieser Ztg. entgegengenommen.

Für ein hiesiges Colonialwaaren-Engros-Geschäft wird ein Reisender gesucht.
Adressen werden unter No. 2408 in der Exped. d. Ztg. erbeten.

---

2 anst. gebild. j. Damen, Geschw., aus achtb. Familie aus Danzig, angenehme Persönlichkeiten, w. eingetr. Familienverh. halb. in e. gr. Stadt, in e. f. Weißw.-, Confect.- od. and. fein. Geschäft eng. zu werd. Adr. w. u. 2409 i. d. E. d. Z. e. Photogr. beig. werd.

Ein anst. möbl. Zimmer nebst Kabinet ist an 1 Herrn z. 1. April zu vermiethen Breitgasse 14. (2447

Eine herrsch. Wohnung, best. aus 5—6 Zimmern und allem Zubehör nebst Garten-Eintritt, in gesunder, angenehmer Lage der Stadt, ist zum 1. April zu verm. Adr. w. u. 2450 in der Exp. d. Ztg. erb.

Zwei herrschaftl. Wohnungen, besteh. aus 4 Zimmern, Küche, Bodenraum, Waschküche und Keller sind per 1. April cr. zu vermiethen.
Näheres Poggenpfuhl 92, im Laden.

Instrumental-Musik-Verein.

Letzte Uebung in diesem Winter Dienstag, Abends 7 Uhr.

Gewerbe-Verein.

Mittwoch, den 21. März c., Abends 7½ Uhr präcise, für die Mitglieder und deren Gäste: Vortrag des Herrn **A. Wohlmuth:** „Gedichte von Freiligrath, Heine, Göthe, Lessing, Bürger, und die Schülerscene aus Faust".
Billets à 30 Pfennig sind an der Kasse zu haben.
Der Vorstand. (2455

Stadt-Theater.

Dienstag, den 20. März. (6. Abonn. No. 22.) Vorletzte Opernvorstellung, **Die Jüdin.** Große Oper in 5 Acten von Halevy.
Mittwoch, den 21. März. (6. Ab. No. 23.) Zum letzten Male: **O, diese Männer.** Schwank in 4 Acten von J. Rosen.

Selonke's Theater.

Dienstag, den 20. März. **Benefiz für den technischen Director Hrn. W. Justmüller, unter gütiger Mitwirkung des Regisseurs Herrn L. Ellmenreich, sowie der ersten Liebhaberin Frl. Merry Bernhardt** vom hiesigen Stadttheater. **Gastspiel** des Gymnastikers Herrn **Alb. Marnitz,** der Solotänzerin Fräulein **Marnitz** und **des kleinen Adolfl.** — U. A.: **Das Gefängniß, oder: Alle wollen brummen.** Original-Lustspiel in 4 Acten. In Scene gesetzt von Herrn L. Ellmenreich. — **Im wunderschönen Monat Mai.** Operette.

Heute Montag
Großes Tanzkränzchen
im kl. Saale des Selonke'schen Etablissements.
Anf. 7 Uhr. **H. Bornacky.**

Stettiner Pferde-Lotterie, Ziehung den 7. Mai cr., Loose a 3 M. bei
2448) **Th. Bertling,** Gerberg. 2.

Kieler Sprotten, Leber-Trüffelwurst, Gothaer Dauerwurst, Amerik. Rinderpökelfleisch und Zunge
zum kalten Aufschnitt
empfiehlt
F. E. Gossing, Jopen- und Portechaiseng.-Ecke 14.

Salon Schubert,
Langgasse 36, 1. Etage.

Verantwortlicher Redacteur H. Röckner,
Druck und Verlag von A. W. Kafemann
Danzig

Hierzu eine Beilage

Beilage zu No. 10252 der Danziger Zeitung.

Danzig, 19. März 1877.

J. Generalversammlung des Centralvereins Westpreußischer Landwirthe.

(Schluß.) Herr Landschaftsrath Heyer-Straschin spricht über die Rinderpest. Er ist von Dank durchdrungen gegen die Behörden unseres Staates, welche seit dem Jahre 1865 das ganze westliche Europa vor der Seuche bewahrt haben. Keine Regierung hat in dieser Hinsicht so viel gethan, wie die unsrige. Die landwirthschaftlichen Vereine müssen aber bestrebt sein, einen dauernden Frieden in dieser Hinsicht zu schaffen, besonders wir. Denn unser Vereinsgebiet wird zuerst von den inneren Sperrmaßregeln getroffen. Es findet zunächst keine Sperrung der Grenze, sondern nur eine unzureichende veterinärpolizeiliche Bewachung des Imports statt. Die Sperrung des Berliner und Hamburger Viehmarkts bewirkte es, daß der Viehimport seinen Weg nach Danzig nahm. Der Danziger Viehhof wurde von den Zufuhren überfüllt, die Preise wurden gedrückt, unsere Landwirthschaft hat einen großen Schaden. Dazu kommt, daß die für den Transport bestehenden Bestimmungen nicht beachtet wurden. Mit der Klauenseuche behaftete serbische und ungarische Schweine wurden nach Danzig befördert; überträgt sich diese Krankheit auf das Rindvieh, so ist sie hier mit Maulfäule verbunden. Der Transport fand nicht wie vorgeschrieben, in Etagewagen statt. Es genügt nicht eine Ueberwachung des Imports, es ist vielmehr eine vollständige Sperrung der Grenze nöthig. Inzwischen hat die Regierung freilich schon wirksame Maßregeln getroffen. Diese dürfen aber nicht vorübergehend, sie müssen bleibend sein. Redner wünscht eine dahingehende Petition des Verbandes an die Regierung und an den Reichstag. Er hat das Vertrauen, daß die Regierung auch in dieser Beziehung die Interessen der Landwirthschaft wahrnehmen wird; Redner hat aber nicht das gleiche Vertrauen zu der gegenwärtigen Majorität des Reichstages, sondern er meint, daß bei derselben weniger die landwirthschaftlichen und mehr die volkswirthschaftlichen Interessen Berücksichtigung finden würden. Um des Reichstages willen müßte darum die Petition eine eingehende Begründung erfahren. Redner giebt nun nach einigen thierärztlichen Autoritäten eine Geschichte der Rindviehpest und kommt zu dem Schlusse, daß die Vieheinfuhr aus Rußland und Oesterreich vollständig verboten werden müsse. Die Einfuhr von russischem Steppenvieh, dem ursprünglichen Träger der Pest, habe uns nicht den mindesten Nutzen, sondern nur Schaden geschaffen; denn es hat bei uns mehr Rindvieh um der Pest willen getödtet werden müssen, als Steppenvieh eingeführt worden ist. Oesterreich scheint die Einfuhr von Steppenvieh noch nicht entbehren zu können, Deutschland bedarf deren aber nicht mehr. Unsere Landwirthschaft muß ihren Schwerpunkt in die Viehzucht verlegen, die Reichsregierung wird gern ihre Bestrebungen unterstützen, so daß wir zu einem dauernden Frieden mit der Rinderpest kommen.

Herr Plehn-Lichtenthal: Das ausgesprochene Mißtrauen gegen den Reichstag sei unbegründet, schon deshalb, weil diese Frage eine nicht allein und rein landwirthschaftliche, sondern gerade eine eminent volkswirthschaftliche Angelegenheit ist. Es ist kein Grund zu der Annahme vorhanden, daß der Reichstag nicht alle berechtigten Interessen der Landwirthschaft vertreten wird.

Auf den Antrag des Herrn Heyer wird beschlossen, durch eine Commission eine Petition an Reichsregierung und Reichstag in dem gewünschten Sinne ausarbeiten zu lassen.

Herr Plehn-Lubochin spricht über Secundär-Eisenbahnen und deren Anwendung in unserer Provinz. Das Abgeordnetenhaus hat den Gesetzentwurf, welcher die Provinzialvertretungen ermächtigen wollte, die durch die Dotation zu Chausseebauzwecken bestimmten Fonds auch zu dem Bau von Secundärbahnen zu verwenden, in dritter Lesung abgelehnt. Ueber diese Abstimmung ist viel in der Presse gesprochen worden. Die Leser der „Danziger Ztg." wissen, daß die Abgeordneten um ihretwillen mit einer schlechten Censur nach Hause geschickt worden sind. Als Gründe einer solchen unerwarteten Abstimmung wurden angegeben Uebermüdung des Hauses, Rancune, Unwissenheit. Aber diese „Unwissenheit", die Unbekanntschaft mit der Sache, ist gerade die beste Motivirung der Ablehnung. In einer Frage, über welche noch so großes Dunkel herrscht, muß erst Licht gebracht werden, ehe darüber entschieden werden kann. Es ist noch keine genügende Theorie der Secundärbahnen aufgestellt. Die Bahnen, welche zuerst gebaut wurden, könnte man heute kaum als Secundär-, man müßte sie als Tertiärbahnen bezeichnen. Auch dem Verein deutscher Eisenbahnverwaltungen ist es nicht gelungen, jene Lücke auszufüllen. Doch scheint er ein sicheres Kriterium gefunden zu haben: das Maß der Fahrgeschwindigkeit. Die Züge auf den Secundärbahnen dürfen nicht mehr als 15 Kilometer oder 2 Meilen pro Stunde zurücklegen. Man könnte meinen, daß dies nur ein rein äußerliches Unterscheidungszeichen sei, und doch ist dem nicht so. Von der Geschwindigkeit der Fahrt hängt die mehr oder weniger solide Construction des Oberbaues wie des Unterbaues und der Wagen ab. Die Sache wird noch mit der technischen Frage gemischt, ob die Secundärbahnen schmal- oder normalspurig anzulegen sind. Schmalspurige Bahnen haben ihre Vortheile und ihre Uebelstände. Während Curven bei normalspurigen Bahnen wenigstens einen Radius von 165 Metern haben müssen, kann der Radius bei schmalspurigen bis auf 30 Meter herabgesetzt werden. Es können damit viel eher Terrainschwierigkeiten überwunden werden; man geht nicht über den Berg, sondern um den Berg herum, nicht durch den See, sondern um den See herum. Bei schmaler Spur ist zwar auf einige, aber nicht auf eine erhebliche Kostenersparniß zu rechnen, höchstens kann man 10 Proc. sparen. Je schmaler die Bahn, desto theurer das Fahrmaterial. Ein großer Nachtheil ist das Umladen beim Uebergange auf eine normalspurige Bahn, man berechnet dasselbe auf 4 Kilometer weiterer Fahrt. Beim Umladen werden ferner die Waaren beschädigt. Zwischen Gent und Antwerpen besteht eine schmalspurige Bahn; bei Sachen, die beim Umladen beschädigt werden können, zieht man dort den weiteren Weg über Mecheln vor. Schmalspurige Bahnen können ferner gar nicht zum Viehtransport benutzt werden. Gegenüber Chausseen haben Secundärbahnen den großen Vortheil billigerer Beförderung und weit geringerer Unterhaltungskosten. Diese sind bei den Chausseen ungemein gestiegen; 1841 betrugen sie bei uns 1125, im Jahre 1875 schon 1640 Thaler pro Meile, eine Steigerung um 40 Proc. Das Material wird immer knapper und theurer, ja man kann die Zeit absehen, wenn das Unterhaltungsmaterial absolut nicht mehr wird beschafft werden können. Den Bahnen kommt weiter zu Gute, daß die Unterhaltungskosten auf das sie benutzende Publikum vertheilt werden können, während das Chausseegeld, wo es noch besteht, fallen muß. Wo Aussicht vorhanden ist, daß Secundärbahnen die Unterhaltungskosten tragen und einen Theil der Anlagekosten verzinsen, da können sie ja von Vortheil sein. Bieten sie aber einen vollständigen Ersatz für die Chausseen? Nein. Sie verbinden nur die End-, nicht die dazwischen liegenden Punkte. Sie bieten ferner für Reiter und Fußgänger keinen Ersatz, da sie nur ein- bis zweimal des Tages nach jeder Richtung befahren werden. Nach allen Richtungen ist also für den Verkehr nur gesorgt, wenn nicht an Stelle, sondern neben der Chaussee noch eine Secundärbahn besteht. Die „Danziger Zeitung" hat zwei Berichte gebracht über Bahnen, bei denen die Anlagekosten sehr niedrig waren. Es war dies dasselbe Material, welches dem Provinzial-Ausschuß vorgelegt wurde. Man würde aber irren, wenn man glauben wollte, daß sie überall so billig hergestellt werden können. Redner führt Beispiele aus Elsaß und Frankreich und das Zeugniß des österreichischen Sectionschefs Nördling an, wonach sich die Kosten erheblich höher stellen sollen. Wenn das Abgeordnetenhaus in dritter Lesung die Vorlage, welche es in zweiter angenommen, ablehnte, so wurde es dazu auch durch die Aeußerung eines Regierungs-Commissars bestimmt, welcher den Bau der Weichselstädtebahn auf Staatskosten mit der Motivirung ablehnte, nach dem in Berathung befindlichen Gesetzentwurf würde ja der Bau von Secundärbahnen auf die Provinzen übertragen werden. Möge doch der Staat zunächst Normativbestimmungen für den Bau von Secundärbahnen und die Unterstützungspflicht feststellen. Inzwischen wird es nicht an Zwecken fehlen, zu denen die Dotationssumme verwandt werden kann. Redner kennt in unserer Provinz nur 3 bis 4 Stellen, an denen Secundärbahnen vielleicht von Nutzen sein könnten, auf die Frage der Rentabilität habe man aber noch keine Antwort (Bravo).

Herr Landesdirector Rickert: Die Ausführungen des Vorredners beruhten auf mangelhafter Information, woraus Redner ihm aber keinen Vorwurf machen wolle; denn das nöthige Material sei wirklich schwierig zu erhalten. Nicht nur die Tagespresse, sondern auch viele Techniker kennen dasselbe nicht. Unter Letzteren giebt es nur wenige Autoritäten, welche die Sache kennen. Wenn man wegwerfende Urtheile von Seiten der Technikern höre, so dürfe man nur genauer untersuchen, und man findet, daß sie ihre absprechenden Urtheile nur aus Büchern geschöpft haben, daß sie noch nie eine wirkliche Secundärbahn arbeiten gesehen haben. Man müsse sich auf den wirthschaftlichen Gesichtspunkt stellen, dann komme man zu dem Schlusse: Wenn solch' ein Verkehr an Stelle des Pferdes mit Dampfbetrieb und auf so billige Weise hergestellt werden kann, so müssen Secundärbahnen ein großer Segen sein. Bau und Unterhaltung von Chausseen belasten den Provinzialhaushalt und erhöhen die Steuerlast in wirklich unerträglicher Weise, und doch müsse man sagen: Die Chausseen leisten absolut nicht, was man vom Standpunkte der heutigen Technik aus verlangen kann. An Stelle der Chausseen wollen Einzelne verbesserte Gemeindewege setzen, damit ist Einigen, aber nicht Allen geholfen. Das geeignetste Mittel zur Abhilfe findet man in den Secundärbahnen. Wer diese kennen gelernt, der muß zu dieser Ueberzeugung kommen. In Oldenburg wurde Herr Albrecht-Suzemin aus einem Gegner jener Bahnen, der sie für ein „Spielwerk" hielt, in einem Tage zu ihrem aufrichtigsten Freunde. Man müsse sie nicht nur billig bauen, sondern auch billig unterhalten. Die vom Vorredner angeführten elsässischen Bahnen sind gar keine Secundärbahnen. Wenn unseren Secundärbahnen solche Beschränkungen und Reglements aufgelegt werden sollten, wie es die französische Gesetzgebung thut: kostspielige Einfriedigungen und Uebergänge, Signale, ein Heer von Bahnwärtern, dann freilich würden sie auch bei uns nicht billig hergestellt werden können. Der Augenblick ist jetzt eben günstig, um solche erschwerenden Reglements zu verhindern. Erst möge der Practiker kommen und das Beispiel geben, dann kann nachher die Polizei kommen und ihre Reglements darnach einrichten. Auf der Bahn Bocholt-Westerstade in Oldenburg befindet sich an den Uebergängen nur eine weiße Tafel, welche dem Publikum Verhaltungsmaßregeln giebt, und der Zugführer hat nur die Pflicht, an den Uebergängen mehr zu läuten. Und die Haltestelle besteht aus nichts anderem als einem Brett, welches dem Publikum ermöglicht, in den Wagen zu steigen. Herr Plehn habe weitläufig den Unterschied zwischen den eng- und den normalspurigen Bahnen untersucht. Redner ist nicht Techniker genug, um alle die aufgeworfenen Fragen erschöpfend beantworten zu können; aber so viel weiß er, daß Manches, was Herr Plehn sagte, unrichtig war. Wenn z. B. Herr Plehn gesagt, auf engspurigen Bahnen könne kein Vieh transportirt werden, so habe Redner mit seinen eigenen Augen in Oldenburg Vieh transportiren sehen. Eins ist vor Allem wünschenswerth: daß man das Interesse an der Frage wach erhält, daß man ihr auf den Leib rückt, sie gründlich untersucht. Der Provinzial-Ausschuß habe ja die Mittel dazu bewilligt, um einen Techniker zu diesem Zwecke reisen zu lassen; man möge nun den Bericht abwarten. Als der Gesetzentwurf abgelehnt wurde, habe Redner sich zwar Anfangs geärgert; aber er habe sich doch gesagt, daß der Wunsch nach mehr Aufklärung eine gewisse Berechtigung habe; einen Tadel deswegen finde daher auch er nicht gerechtfertigt. Das gewünschte Votum der Provinzial-Landtage finde er nicht in Ordnung; wenn auch nur ein Landtag Ja sagt, so sollte der Staat zustimmen, wo es sich darum handelt, den Provinzen nicht eine neue Pflicht aufzulegen, sondern ihnen eine Berechtigung zu ertheilen. Das ablehnende Votum im Abgeordnetenhause hätte Redner verstanden, wenn Marienwerder und Graudenz dadurch ihre Bahn bekommen hätten; nun kriegen sie dieselbe aber weder auf die eine noch auf die andere Weise. Redner hofft, es werde nicht ein Jahr dauern, bis die Provinzen die Berechtigung erhalten; der Bau von Secundärbahnen werde besonders im Interesse der Landwirthschaft und der kleinen Industrie liegen. (Bravo.)

Herr Landrath Dr. Wehr-Conitz: Der Herr Landesdirector habe soeben selbst zugestanden, daß die Frage noch nicht hinreichend geklärt sei. Wenn zuerst ein Exempel statuirt werden soll, so möge dies der Staat thun. Der Vorredner spreche nur von einer neuen Berechtigung der Provinz; dadurch werde aber dem Staat die Verpflichtung, die er bis jetzt zum Eisenbahnbau implicite hat, abgenommen. Außer den Terrainschwierigkeiten müsse man noch an die klimatischen Schwierigkeiten denken. Was thut man, wenn die Bahn im Winter tief verschneit, wenn der Verkehr auf ihr mehrere Wochen hindurch unterbrochen ist? Alle Polizeimaßregeln könne man nicht abschaffen, sie müßten immer sein. Das Abgeordnetenhaus hat durch seinen Beschluß sehr weise gehandelt. Auf dem Verwaltungswege könne man nicht ohne Erfahrungen experimentiren. Wenn noch Ueberschüsse vorhanden wären! Aber an solche ist vorläufig nicht zu denken. Die Staatsregierung hatte die Absicht, einen Gesetzentwurf mit Normativ-Bestimmungen vorzulegen, in dem auch die Beitragspflicht festgesetzt werden sollte. Warum derselbe nicht vorgelegt, weiß man nicht. Man möge denselben erst abwarten. Der Staat müsse auch zu den Secundärbahnen beitragen. (Bravo.)

Herr Landesdirector Rickert weiß, was Herr Dr. Wehr nicht weiß, woran nämlich die Vorlage jenes Gesetzentwurfes gescheitert ist; doch will er es ihm nicht sagen. Der Mangel jenes Gesetzes hielt aber die Provinz Schleswig-Holstein nicht ab, die Bahn Tönning-Neumünster zu bauen, und der Staat bewilligte dazu ⅕ des erforderlichen Capitals. Nach demselben Beispiele wollte Redner in unserer Provinz verfahren, und er fürchtete daher, daß der Finanzminister, der wohl seine Absicht kannte, seine Zustimmung zu dem Entwurfe versagen würde, und er freute sich um so mehr, als der Minister dennoch so schnell die Znstimmung gab. Die Hauptsache ist doch nicht, daß ein Gesetz besteht, welches genau die Polizeimaßregeln vorschreibt, sondern daß der Finanzminister das Geld giebt. Herr Dr. Wehr sagt, wir sollen nicht experimentiren, nicht den Dotationsfonds verschleudern. Was sind denn aber die Chausseen? Sind sie nicht das schlechteste Experiment, das es giebt? Wissen wir nicht ganz genau, welche hohen Anlagekosten sie erfordern, und daß wir nicht auf Ersatz der enormen Unterhaltungskosten rechnen können? Und doch bauen wir so viele! Und nun sollen wir nicht den Muth haben, 100 000 Mk. an ein Unternehmen zu wagen, welches so großen Nutzen bei geringen Unterhaltungskosten verspricht? Herr Dr. Wehr sagt, wir wollten dem Staate eine Verpflichtung abnehmen, die derselbe bisher implicite gehabt, und sie auf die Schultern der Provinz wälzen. Der Staat hatte wohl nach dem Landrecht eine Verpflichtuug zur Erbauung von Chausseen, nach welchem Gesetz liegt ihm aber der Bau von Eisenbahnen ob? Ich kenne kein solches Gesetz und möchte Herrn Dr. Wehr bitten, mir jenes Gesetz zu nennen. Man beginnt Streit über eine gar nicht gesetzlich existirende Verpflichtung, und wer darunter zu leiden hat, das sind die Interessenten, sie erhalten keine Bahnen. Man thut, als ob es in der ganzen Welt solche Bahnen noch nicht giebt. Nun in England bestehen sie seit 20 bis 30 Jahren, sie zahlen 10, 12, ja 13 Proc. Dividende. In Schweden bestehen engspurige Bahnen seit 15 Jahren (Herr Plehn-Lubochin: Man baut sie jetzt in normalspurige um). Ja wohl baut man sie um, auch die von Gent nach Antwerpen wird umgebaut. Ist das denn aber ein Fehler, wenn eine Bahn den Verkehr auf einer Strecke erst herangebildet, ihn verdoppelt und dadurch bewirkt hat, daß sie selbst nicht mehr genügt, daß nun eine Eisenbahn mit Courierzuggeschwindigkeit nöthig geworden ist? Da wollen eine westpreußische Stadt und die interessirten Gutsbesitzer, da will Deutsch-Crone eine Verbindung mit der Ostbahn durch eine Secundäraahn. Das Geld ist da, die Interessenten haben ihre Beiträge zugesichert, der Staat will auch helfen, es fehlt nur noch die Provinz, und das Unternehmen kommt zu Stande. Warum wollen Sie dies nun verhindern? Für die nächste Session hoffe ich auf ein anderes, ein besseres Resultat (Bravo).

Herr Dr. Wehr: Der Herr Landesdirector fragt, ob ich nicht den Muth habe, 100 000 Mk. für den Zweck zu opfern. Nein, den Muth habe ich nicht, die Provinz hat nicht Geld genug dazu. Redner habe nicht von einer gesetzlichen Verpflichtung des Staates zum Bau von Bahnen gesprochen; aber es ist wohl kein Zweifel, daß sie demselben factisch obliegt. Redner wendet sich dann gegen die Worte der „Danziger Zeitung", mit denen sie den betr. ablehnenden Beschluß des Abgeordnetenhauses kritisirte. Sie habe von einem „Geniestreich der Fortschrittspartei" gesprochen, und mit Ausnahme des Centrums habe keine Fraction geschlossen gestimmt. Sie habe ferner von Rancune gesprochen, und es sei dies um so bedauerlicher bei einem so werthgeschätzten Organ, einem Hauptblatte der Provinz.

Herr Plehn-Borkau: Man sollte sich freuen, wenn der Staat der Provinz eine neue Berechtigung giebt. Wenn der Kreis Conitz den ihm nach Land und Leuten zukommenden Antheil zu Chausseen verwenden wolle, so möge derselbe doch anderen Kreisen, denen eine Secundärbahn nothwendiger ist, gestatten, ihren Antheil darin anzulegen. In des Redners Kreise (Pr. Stargardt) sei ein Bedürfniß nach solchen Bahnen noch nicht stark hervorgetreten; aber er möchte doch nicht anderen Kreisen hinderlich sein, in denen dies vielleicht der Fall ist.

Eine Abstimmung über den Gegenstand findet nicht statt, man ist allseitig der Meinung, die Berathung nur als fruchtbare Anregung zu betrachten.

Herr v. Auerswald-Faulen referirt über die Differentialtarife und die Landwirthschaft. In seinem epochemachenden Werke „Der isolirte Staat" unterscheidet v. Thünen intensiven und extensiven Betrieb. Durch die Eisenbahnen ist der Bereich des intensiven Betriebes weit hinausgeschoben. Diese Verhältnisse werden aber durch die Differentialtarife geradezu auf den Kopf gestellt, der Bereich des intensiven Betriebes ist auf den extensiven herabgedrückt. Dadurch werden die Besitzer geschädigt, aber nicht nur sie. Man sagt wohl: „Die Leute haben zu theuer gekauft; wenn der Besitz in andere Hände übergeht, geht das Gut nicht verloren." Das ist aber nicht richtig. Wer derartige Verhältnisse kennt, der weiß, daß ein solcher Vermögenswechsel immer auch mit einem Verlust an Nationalvermögen verbunden ist. Durch die Differentialtarife wird ferner das Gleichgewicht zwischen freiwirthschaftlicher und industrieller Production aufgehoben. Durch Ausdehnung des Absatzgebietes der Industrie kann das Gleichgewicht wiederhergestellt werden. Diese Verhältnisse sind darum mit Schuld an der Nothlage der Industrie. Die Aufhebung der Differentialtarife wird voraussichtlich eine Besserung herbeiführen, um so mehr, als die Consumtionsfähigkeit des platten Landes wieder steigen würde. Eine Vertheuerung des Getreides würde nur in sehr geringem Maße eintreten, würde also auf den Preis des Brodes ohne Einfluß sein. Ein Steigen der Tonne um 20 Mk. würde das Pfund nur um 1 Pfennig steigen machen. Auf Vorschlag des Referenten wird folgende Resolution angenommen:

> „Die Generalversammlung erklärt, daß die Differentialtarife schädlich wirken und daß sie nicht nur im einseitigen Interesse der Landwirthschaft, sondern im allgemeinen Interesse aufzuheben sind."

Danzig, 19. März.

* Die Verspätung von mehr als zwei Stunden, welche am Sonnabend Nachmittag der Personenzug der Cöslin-Danziger Eisenbahn erlitt, war dadurch herbeigeführt worden, daß die Maschine vor einem Güterzuge defect geworden war und der liegen gebliebene Güterzug das Schienengeleise längere Zeit gesperrt hatte.

— Der Wanderinstructor des Centralvereins Westpr. Landwirthe, Herr Landgeschworene Nobis in Marienwerder wird auch in diesem Frühjahr behufs Einrichtung bäuerlicher Wirthschaften die Provinz bereisen. Es haben bäuerliche Wirthe, welche die Fachkenntniß des Genannten behufs vortheilhafterer Bewirthschaftung ihrer Grundstücke in Anspruch nehmen wollen, solches dem Verein bis 15. April cr. anzuzeigen. Armen, strebsamen Wirthen sollen daraus keine Kosten erwachsen.

* Der Vorsteher des Postamts zu Dirschau, Herr Rhode, ist zum Postdirector daselbst ernannt und der Oberst a. D. Kalau v. Hofe, zuletzt Commandeur des ostpr. Trainbataillons, mit Pension und der Erlaubniß zum Tragen der Uniform zur Disposition gestellt. Die Seconde-Lieutenants Wedel vom Gren.-Regt. Nr. 6 und Schröder vom Infanterie-Regiment Nr. 62 sind vom 1. April ab auf ein Jahr zur Dienstleistung bei der Gewehr- und Munitionsfabrik in Danzig commandirt.

* Aus einer Berichterstattung des Herrn J. W. Seibel in Kiel über die auf der internationalen Molkerei-Ausstellung in Hamburg ausgestellte Butter entnehmen wir nachstehende unsere Provinz betreffende Notizen: Die Collectiv-Ausstellung der Provinz Preußen war mit 54 Nummern vertreten. Obgleich in den letzten Jahren große Anstrengungen seitens der Besitzer größerer Meiereien gemacht werden, diejenige Feinheit der Butter zu erzielen, welche an den fremden Märkten verlangt wird, so zeigte doch die ausgestellte Butter, daß das Ziel noch nicht erreicht worden ist. Die Meiereien sind zum größten Theil der Neuzeit entsprechend eingerichtet, starke und kräftige Fütterung des Viehes findet man durchgehends, doch scheint es, daß bei der Zusammenstellung des Futters die Rübenbeigabe nachtheilig auf den Geschmack der Butter eingewirkt habe. Der Rahm wird süß und angesäuert, theils wird aber auch die ganze Milch verbuttert. Die Butter ist im Großen und Ganzen milde gesalzen, ohne Farbe, oft mangelhaft bearbeitet und hauptsächlich für den Consum in Berlin, Königsberg u. s. w. bereitet. Bei dem großen Interesse, welches sich bei den Meiereibesitzern kundgiebt, ist zu erwarten, daß eine Bereitung der Butter für den Export sich bald mehr und mehr Bahn brechen wird. Von den ausgestellten Nummern erhielten 2 das Prädicat „fein", 20 „gut" und 18 „mittel". — Bei dieser Gelegenheit fügen wir unseren früheren Mittheilungen über die Ausstellung noch hinzu, daß die von der Danziger Oelmühle (R. Petschow u. Co.) in Gruppe IV. ausgestellten Rappkuchen von den Preisrichtern als „normal und sehr gut" bezeichnet wurden.

* Auch in Thorn ist am Sonnabend eine falsche Fünfzigmark-Note auf der Reichsbankstelle angehalten worden. Das Falsificat ist, wie die „Th. Ostd. Ztg." mittheilt, gut ausgeführt, doch zeigt der Druck der Strafandrohung eine auffällige Verschiedenheit von dem der ächten; ferner ist auf der Rückseite der Druck zu schwarz, der Zug bei der mittleren Namens-Unterschrift weicht von dem Zug auf den echten ab, und die Adler in den Ecken sind etwas plump ausgefallen.

-d. Jenkau bei Danzig, 17. März. Heute fand die Abiturientenprüfung in der hiesigen höheren Bürgerschule statt. Den Vorsitz führte Herr Regierungs- und Schulrath Tyrol aus Danzig als Königl. Commissarius; als Vertreter des Patrons, des von Conradischen Stiftungsdirectoriums, war Herr Geh. Regie-

rungsrath Maquet aus Danzig anwesend. Es erhielten das Zeugniß der Reife **Walther Kafemann** mit dem Prädikate „gut bestanden", **Eugen Lentz** und **Hugo Schnee** mit dem Prädikate „genügend bestanden".

* **Memel**, 18. März. Gestern Nachmittags ist beim Einlaufen in den hiesigen Hafen nahe der Südermoole ein mit Salz befrachtetes **russisches Barkschiff gestrandet.**

Börsen-Depeschen der Danziger Zeitung.

Amsterdam, 17. März. [Getreidemarkt.] (Schlußbericht.) Weizen ⅌ März 307, ⅌ Mai 310. ⅌ November 315. — Roggen ⅌ Mai 190.

Frankfurt a. M., 17. März. Effecten-Societät. Creditactien 126¾, Franzosen 188⅜, 1860er Loose 100⅝, Lombarden —, Silberrente 57¼, Papierrente 53½, Goldrente $64\frac{3}{16}$, Galizier 176, Reichsbank 159¾, neue Ungarbonds 83⅝. Animirt.

Wien, 17. März. (Schlußcourse.) Papierrente 64,40, Silberr. 68,40, 1854r Loose 106,00, Nationalb. 823,00, Nordbahn 1805, Creditactien 152,80, Franzosen 226,00, Galizier 212,75, Kaschau-Oderberger 84,25, Pardubitzer —, Nordwestbahn 113,50, do. Lit. B. —, London 123,00, Hamburg 59,90, Paris 48,80, Frankfurt 59,90, Amsterdam 102,00, Creditloose 164,25, 1860er Loos 109,90, Lomb. Eisenbahn 80,50, 1864r Loose 132,00, Unionbank 52,50, Anglo-Austria 74,00, Napoleons 9,77, Dukaten 5,77, Silbercoupons 111,50, Elisabethbahn 133,00, Ungarische Prämienloose 72,50. Deutsche Reichsbanknoten 60,15. Türkische Loose 17,50. Goldrente 76,95.

London, 17. März [Schluß-Course.] Consols 96¾. 5pCt. Italienische Rente 73¾. Lombarden $6\frac{11}{16}$. 3pCt. Lombarden-Prioritäten alte 9½. 3pCt. Lombarden-Priorit. neue 9¾. 5pCt. Russen de 1871 85. 5pCt. Russen de 1872 87. Silber 54⅝. Türkische Anleihe de 1865 12⅝. 5pCt. Türken de 1869 14. 5pCt. Vereinigte Staaten ⅌ 1885 107. 5pCt. Vereinigte Staaten 5pCt. fundirte 107⅞. Oesterreichische Silberrente 55⅛. Oesterreichische Papierrente 52⅛. 6pCt. ungarische Schatzbonds 87. 6pCt. ungarische Schatzbonds 2. Emission 83. Spanier 11¾. 6pCt. Peruaner 19. Russen de 1873 86¾. — Platzdiscont 1¾ pCt.

Liverpool, 17. März. [Baumwolle.] (Schlußbericht.) Umsatz 7000 Ballen, davon für Speculation und Export 3000 Ballen. — Unverändert.

Paris, 17. März. (Schlußbericht.) 3pCt. Rente 74,10. Anleihe de 1872 108,40. Italienische 5pCt. Rente 73,95. Oesterr. Goldrente 64⅞. Italienische Tabaks-Obligationen —. Franzosen 465,00. Lombardische Eisenbahn-Actien 173,75. Lombardische Prioritäten 242,00. Türken de 1865 12,70. Türken de 1869 66,00. Türkenloose 36,50. Credit mobilier 156, Spanier extér. 11¾, do. inter. 10½, Suezkanal-Actien 715, Banque ottomane 391, Société générale 502, Crédit foncier 620, neue Egypter 193. Wechsel auf London 25,14½. — Fest, gegen den Schluß Realisirungen.

Paris, 17. März. Productenmarkt. Weizen matt, ⅌ März 27,50, ⅌ April 27,75, ⅌ Mai-Juni 28,50, ⅌ Mai-August 29,00. Mehl ruhig, ⅌ März 57,50, ⅌ April 58,00, ⅌ Mai-Juni 59,50, ⅌ Mai-August 60,75. Rüböl weich., ⅌ März 86,00, ⅌ April 86,25, ⅌ Mai-August 87,00, ⅌ September-Dezember 87,25. Spiritus weich., ⅌ März 58,25, ⅌ Mai-August 58,00. — Wetter: Schön.

Antwerpen, 17. März. Getreidemarkt (Schlußbericht.) Weizen ruhig. Roggen matt. Hafer vernachlässigt. Gerste behpt. — Petroleummarkt. (Schlußbericht.) Raffinirtes, Type weiß, loco 35½ bez. und Br., ⅌ März 35½ Br., ⅌ April 35½ Br., ⅌ September 37½ Br., ⅌ September-Dezember 38 Br. — Steigend.

Newyork, 17. März. (Schlußcourse.) Wechsel auf London in Gold 4 D. 84½ C., Goldagio 4⅝, 5/20 Bonds ⅌ 1885 107⅝, do. 5pCt. fundirte 109⅞, 5/20 Bonds ⅌ 1887 111½, Eriebahn 7, Central-Pacific 106 Newyork Centralb. 93. Höchste Notirung des Goldagios 4¾, niedrigste 4⅝. — Waarenbericht. Baumwolle in Newyork 11⅝, do. in New-Orleans 11¼. Petroleum in Newyork 16¼, do. in Philadelphia 16¼. Mehl 6 D. 00 C. Rother Frühjahrsweizen 1 D 50 C., Mais (old mixed) 56 C. Zucker (fair refining Muscovados) 8¾. Kaffee (Rio-) 19½, Schmalz (Marke Wilcox) 10 C., Speck (short clear) 8⅛ C. Getreidefracht 4¾.

Productenmärkte.

Königsberg, 17. März. [Spiritus.] Wochenbericht. (v. Portatius u. Grothe.) Spiritus ist bei schwachem Geschäft nicht unwesentlich weiter gewichen, wozu hauptsächlich der flaue Berliner Markt beitrug. Effective Waare bedang von 52½ bis 51¾ ℳ, Frühjahr 54½, 53¾ ℳ, Juli 56¾ ℳ, August 58¼, 57¾ ℳ pro 10 000 pCt. ohne Faß.

Stettin, 17. März. Weizen ⅌ April-Mai 216,00 ℳ, ⅌ Mai-Juni 218,50 ℳ — Roggen ⅌ April-Mai 157,00 ℳ, ⅌ Mai-Juni 157,00 ℳ, ⅌ Juni-Juli 155,50 ℳ — Rüböl 100 Kilogr. ⅌ März 63,50 ℳ, ⅌ April-Mai 63,00 ℳ, ⅌ September-October 64,25 ℳ — Spiritus loco 52,00 ℳ, ⅌ März — ℳ, ⅌ April-Mai 53,00 ℳ, ⅌ Mai-Juni 53,90 ℳ — Rübsen pr. Herbst 292,00 ℳ — Petroleum ⅌ März 15,25 ℳ.

Eisen, Kohlen und Metalle.

Berlin, 14. März. (Orig.-Ber. der Bank- und Hndls.-Ztg. von Leopold Habra.) Kupfer. Für engl. Marken 80,00—83,00 ℳ, Mansfelder Raffinade 81—84 ℳ ⅌ 50 Kilogr. — Bancazinn 80,00—82,00 ℳ ⅌ 50 Kilogr. Prima Lammzinn 79,00—82,00 ℳ ⅌ 50 Kilogramm. Secunda fehlt — Zink. In Breslau W. H. von Giesche's Erben 20,75 ℳ, geringere Marken 20,00 ℳ, hier erstere 22,00—23,00 ℳ, letztere 21,50—22,00 ℳ ⅌ 50 Kilogr. — Blei. Tarnowitzer, sowie von der Paulshütte, hier 22,75—23,50 ℳ Harzer und Sächsisches 22,75—23,50 ℳ Spanisches Rein und Co. 25,50—26,50 ℳ — Roheisen. Hiesige Lagerpreise für gute und beste schottische Marken 4,40—4,70 ℳ Englisch Roheisen 3,30—3,70 ℳ Oberschlesische Coaks-Roheisen 3,10—3,20 ℳ Gießerei-Roheisen 3,20—3,60 ℳ ⅌ 50 Kilogramm. — Stabeisen. Gewalztes 6,50—6,75 ℳ ⅌ 50 Kilogr. ab Werk. — Schmiedeeiserne Träger 10,00—14,00 ℳ loco ⅌ 50 Kilogramm je nach Dimension. — Eisenbahnschienen. Zu Bauzwecken 5,00—5,50 ℳ, zum Verwalzen 3,30—3,70 ℳ, je nach Lage des Ablieferungsortes. — Englische Nuß- und Schmiedekohlen hier bis 65 ℳ, Coaks 53—60 ℳ ⅌ 40 Hectoliter bezahlt. Schlesischer und Westfälischer Schmelz-Coaks 0,90—1,30 ℳ ⅌ 50 Kilogramm loco hier.

Kartoffelstärke.

Berlin, 16. März. (Original-Bericht der Bank- und Handels-Zeitung) Bezahlt wurde für Prima centrifugirte chemisch-reine Kartoffelstärke, auf Horden getrocknet, mit 18—20 pCt. Wassergehalt disponibel 31,00 ℳ, ⅌ März-April 31,00—31,25 ℳ, exquis. Prima Mehl disponibel 31—31,50 ℳ ⅌ April-Mai 31,50—32 ℳ, Prima Kartoffelstärke und Mehl, chemisch gebleicht oder mechanisch getrocknet, disponibel und ⅌ März-April 30,00 bis 31 ℳ, Prima Mittelqualitäten durchschnittlich 1,00 ℳ billiger. Secunda-Stärke und Mehl nach Bonität 26—28 ℳ, Tertia, Schlamm fehlen. Alles in neuen Säcken von 100 Kilogr. Brutto incl. Sack frei hier ⅌ 100 Kilogr. Netto Kasse in Quantitäten von mindestens 5000 Kilogr. erste Kosten.

Meteorologische Depesche vom 17. März.

Uhr.		Barometer.	Wind.		Wetter.	Temp. C.	Bem.
8	Aberdeen	745,2	W	stille	klar	0,0	1)
8	Copenhagen	746,8	NNW	stark	bed.	— 3,4	
8	Stockholm	742,2	NNO	leicht	Schnee	— 5,0	
8	Haparanda	755,8	NO	leicht	h. bed.	—10,8	
7	Petersburg	747,8	OSO	schwach	bed.	— 2,2	
7	Moskau	758,5	S	stille	klar	—10,6	
8	Cork	753,1	WNW	mäßig	heiter	3,9	2)
8	Brest	755,0	W	leicht	Regen	5,0	3)
8	Helder	749,2	S	stille	Schnee	1,7	
8	Sylt	747,7	O	stille	wolkig	— 0,7	4)
8	Hamburg	750,5	W	leicht	bed.	0,9	5)
8	Swinemünde	747,4	WNW	mäßig	bed.	0,2	6)
8	Neufahrwasser	744,4	WSW	stürm.	heiter	1,8	7)
8	Memel	742,3	SW	stürm.	bed.	0,6	8)
8	Paris	755,2	SW	schwach	h. bed.	4,7	
8	Crefeld	751,6	SW	schwach	heiter	2,8	9)
8	Karlsruhe	754,3	SW	frisch	Regen	6,6	
	Wiesbaden	754,0	W	leicht	bed.	4,5	10)
8	Cassel	753,0	SSO	stille	heiter	2,0	11)
8	München	755,9	W	frisch	wolkig	5,6	
	Leipzig	753,0	W	leicht	h. bed.	2,2	12)
8	Berlin	750,8	W	frisch	heiter	2,5	13)
	Wien	755,2	SSW	stille	bed.	3,7	
8	Breslau	752,1	SSW	schwach	bed.	4,1	14)

1) See sehr ruhig. 2) See ruhig. 3) Seegang mäßig. 4) Nachtfrost. 5) Nachts Schneeböen. 6) Hagelböen. 7) Böig. 8) Schneeböen. 9) Nachmittags und Nachts Regen. 10) Gestern öfters feiner Regen. 11) Reif. 12) Nachmittags und Nachts mehrfach Regen. 13) Gestern Regen. 14) Dunstig.

Das Barometer ist im nordwestlichen Europa gestiegen, am stärksten am Skagerak, an der Ostküste von Cöslin bis Petersburg gefallen, sonst wenig verändert. Das gestern Morgen am Skagerak gelegene Minimum hat sich ostwärts fortbewegt, passirte gestern Abend das südwestliche Schweden und liegt jetzt über dem rigaischen Busen. Unter Einfluß dieses Minimums herrscht in der westlichen Ostsee mäßiger bis starker Nordwest, in der südöstlichen stürmischer Südwest, sonst sind die Winde allenthalben schwach bis mäßig. In West-Europa, mit Ausnahme von Großbritannien, ist es kälter geworden, in Ost-Europa wärmer. Nachdem in der Nacht unruhiges Wetter mit Böen an der ganzen Küste herrschte, ist jetzt wieder im Westen ruhigere, stellenweise heitere Witterung eingetreten.

Deutsche Seewarte.

Bekanntmachung.

Die **Klassensteuerrollen für das Rechnungsjahr pro 1. April 1877 / 1. April 1878**, die auch der Einschätzung zur Gemeinde-Einkommensteuer zu Grunde liegen, werden, nachdem ihre Feststellung durch die Königliche Regierung erfolgt ist, in der Zeit vom

17. bis 31. März cr.

an den Wochentagen **zwischen 10 und 1 Uhr Vormittags** im Klassensteuer-Bureau, **Jopengasse 37, 2 Treppen hoch, rechts**, öffentlich ausliegen.

Reclamationen über ungesetzliche oder unrichtige Einschätzung sind, gehörig begründet und soweit es erforderlich, mit **speciellen Nachweisen über die Vermögens- und Einkommens-Verhältnisse** versehen, binnen einer **Präclusivfrist von 2 Monaten**, vom letzten Tage der Offenlegung der Steuerrollen angerechnet, also bis **incl. den 31. Mai cr.** an den Vorsitzenden der Reclamations-Commission, Herrn Oberbürgermeister hiesiger Stadt einzusenden und zwar unter genauer Angabe des Steuerzeichens (Abtheilung und Nr. der Steuerrolle).

Wird die vorerwähnte 2monatliche Reclamationsfrist versäumt, so ist der Anspruch auf Steuerermäßigung oder Befreiung, sowie auf Rückerstattung für das laufende Rechnungsjahr erloschen.

Die Zahlung der veranlagten Steuer darf durch die Reclamation nicht aufgehalten werden; muß vielmehr mit Vorbehalt der späteren Erstattung des etwa zu viel Bezahlten, zu den bestimmten Terminen erfolgen. Wir werden die Klassen- und Gemeinde-Einkommensteuer durch unsere Steuer-Einsammler in Quartal-Beträgen unter Präsentation der Quittung, einfordern lassen; **es ist jedoch jeder Steuerpflichtige zur Vorausbezahlung des ganzen Jahresbetrages, sowie zur Zahlung einer oder mehrerer Monatsraten, in den ersten 5 Tagen jedes Monats auf unserer Kämmerei-Kasse, bei Vorzeigung seiner Steuer-Ausschreibung** berechtigt.

Wer die fällige Steuerrate weder auf der Kämmerei-Kasse berichtigt, noch an den Steuer-Einsammler auf dessen erste kostenfreie Aufforderung zahlt, hat **kostenpflichtige** Anmahnung und bei deren Erfolglosigkeit kostenpflichtige executivische Beitreibung zu gewärtigen. 2255

Danzig, den 15. März 1877.

Der Magistrat.

Nothwendige Subhastation.

Das dem Geschäftsagenten **Josef Wahr** gehörige, in der Kumstgasse belegene, im Grundbuche unter No. 14 verzeichnete Grundstück soll

am 18. Mai 1877,
Vormittags 9¾ Uhr,

im Verhandlungszimmer No. 17 im Wege der Zwangsvollstreckung versteigert und das Urtheil über die Ertheilung des Zuschlags

am 24. Mai 1877,
Vormittags 10 Uhr,

im Verhandlungszimmer No. 20 verkündet werden.

Es beträgt der jährliche Nutzungswerth, nach welchem das Grundstück zur Gebäudesteuer veranlagt worden: 264 ℳ.

Der das Grundstück betreffenden Auszug aus der Steuerrolle und der Hypothekenschein können im Bureau V. eingesehen werden.

Alle Diejenigen, welche Eigenthum oder anderweite, zur Wirksamkeit gegen Dritte der Eintragung in das Hypothekenbuch bedürfende, aber nicht eingetragene Realrechte geltend zu machen haben, werden hierdurch aufgefordert, dieselben zur Vermeidung der Präclusion spätestens im Versteigerungs-Termine anzumelden.

Danzig, den 15. März 1877.

Königl. Stadt- und Kreis-Gericht.
Der Subhastations-Richter

Bekanntmachung.

Die Eigenthümer der im IX. Polizei-Revier St. Albrecht und Pfarrdorf gelegenen Grundstücke werden nach der Polizei-Verordnung vom 26. Mai 1863, § 3, betreffend die Revision der Contracte über die Reinigung der Schornsteine, hierdurch aufgefordert, die mit den Schornsteinfeger-Meistern abgeschlossenen Contracte dem Unterzeichneten innerhalb 14 Tagen im Bureau der Feuerwehr (Stadthof) vorzulegen.

Danzig, den 15. März 1877.

Der Brand-Director.

Der für den hiesigen Ort von der Verwaltung der Ostbahn und für dieselbe bestellte Rollfuhrunternehmer Herr **Heinrich Hülsen**, Lastadie 25, ist nach seinem Rollfuhrvertrage außer zum Abrollen der mit der Ostbahn angekommenen Stückgüter auch verpflichtet, die zur Versendung auf der Ostbahn bestimmten Stück-Güter aus den Wohnungen resp. Geschäftslocalen oder Magazinen der Versender abzuholen und zu festgesetzten, bei unserer hiesigen Güter-Expedition einzusehenden Sätzen unter Garantie der Bahnverwaltung zur Ostbahn zu befördern. Zur Bequemlichkeit des Publikums hat p. Hülsen Güter-Anmeldekasten in den Geschäftslocalen der Herren:

Herm. Gronau, Altst. Graben 69/70,
Hubert Gotzmann, Heil. Geistgasse 12,
Julius Meyer, Langgasse 84,
Albert Neumann, Langen-Markt 3,
Gebr. Wetzel, Langgarten 1,

eingerichtet, welche täglich 3—4 Mal geräumt werden.

Die in diese niedergelegten Aufträge werden mit derselben Pünktlichkeit ausgeführt werden, als ob dieselben im Comtoir des Rollfuhr-Unternehmers angebracht wären.

Danzig, den 15. März 1877.

Königl. Eisenbahn-Commission.
Sebaldt. (1422

Pflaumenmuß-Auction, Fischmarkt No. 10.

Dienstag, den 20. März, von 10 Uhr ab, werde ich im Auftrage
13 Fässer a ca. 140 ℔. Prima Ungarisches Pflaumenmuß, 30 Ctr. Pflaumen, 5 Ctr. Nüsse und eine eiserne Copierpresse mit Spind
meistbietend gegen baar versteigern, wozu einlade.

A. Collet, Auctionator,
2318) **Fischmarkt 10.**

Schiffs-Auction.

Mittwoch, den 21. März a. c., Mittags 1 Uhr, werden die Unterzeichneten vereideten Makler in hiesiger Börse im Auftrage der Rhederei in öffentlicher Auction gegen baare Zahlung an den Meistbietenden verkaufen:

Das im Jahre 1860 in Memel von Eichenholz eisenfest erbaute Danziger Barkschiff

„Der Friede"

nebst dem dazu gehörigen Inventarium, beides in dem Zustande, wie es sich zur Zeit befindet.

Das Schiff ist auf 419 Register Tons = 1185 Cubicmeter vermessen, ladet circa 600 Loads fichten Holz resp. 30 Keel Steinkohlen.

Das Schiff liegt im Kielgraben, wo es von Kaufliebhabern in Augenschein genommen werden kann. Das Inventarium-Verzeichniß liegt bei dem unterzeichneten A. Wagner zur Einsicht.

Der Schlußtermin findet selbigen Tages Abends 6 Uhr in der Börse statt. Der Zuschlag erfolgt innerhalb 24 Stunden nach dem Schlußtermin, und bleibt Meistbietender bis dahin an sein Gebot gebunden.

Bieter haben eine Caution von 2000 ℳ zu deponiren.

Sämmtliche Kosten dieses Verkaufverfahrens, sowie die Uebertragung des Besitztitels trägt Käufer.

Otto Hundt. A. Wagner.

Strohhüte,

die bis zum **Osterfeste** in meiner Fabrik noch sollen gewaschen werden, bitte gefälligst bald einzusenden.

August Hoffmann,
Heiligegeistgasse 26.

Ein Kaufmann wünscht gegen mäßiges Honorar die Führung von Geschäftsbüchern zu übernehmen. Gefäll. Adr. werden unter 2390 in der Exp. d. Ztg. erb.

Die General-Versammlung

der Actionaire der Creditbank Donimirski, Kalkstein, Lyskowski & Co.,

findet **Montag, den 26. März d. J., Mittags 12 Uhr,** im Saale des Hotels „drei Kronen", zu Thorn, statt.

Tagesordnung:

1. Die gewöhnlichen im § 30 des Gesellschafts-Vertrages vorgesehenen Geschäfte.
2. Folgende Anträge der persönlich haftenden Gesellschafter:
   - I. Um Aufnahme des bisherigen Prokuristen Carl v. Pagowski als vierten persönlich haftenden Gesellschafter.
   - II. Aenderung des § 15 des Gesellschafts-Vertrages in folgenden Wortlaut:
     „Die persönlich haftenden Gesellschafter erhalten die ihren Antheilen zukommende Dividende und außerdem gemeinschaftlich als Remuneration:
     1. Ein jährliches Präcipuum von 12,000 ℳ, welches das Geschäfts-Unkosten-Conto belastet.
     2. Den dritten Theil des Reingewinns nach Abzug von 4% für den nominellen Werth aller Aktien-Antheile.
   - III. Um Einschaltung folgender Zusätze in § 16.
     a. nach dem ersten Absatze.
     4. Durch Austritt in Folge gegenseitiger Uebereinkunft unter den persönlich haftenden Gesellschaftern, zu der jedoch die Genehmigung des Aufsichtsrathes erforderlich ist.
     b. nach dem dritten Satze.
     Diese Verpflichtung liegt ihnen jedoch nur ob zur Erhaltung der persönlich haftenden Gesellschafter in der Zahl von Dreien.
   - IV. Um Annahme folgenden Zusatzes zu § 29.
     „Zur Annahme eines neuen persönlich haftenden Gesellschafters bedarf es außer der Zustimmung der übrigen persönlich haftenden Gesellschafter, der Genehmigung der General-Versammlung. Dieselbe wird durch einfache Stimmenmehrheit der in der General-Versammlung anwesenden Stimmen ertheilt.

Der Aufsichtsrath
1480) **v. Jackowski,** Vorsitzender.

Magazin
für
feinere Herrengarderobe
von
E. A. Kleefeld jun.
41. Brodbänkengasse 41.

Hiermit erlaube ich mir den Empfang meiner Neuheiten für die Saison ganz ergebenst anzuzeigen.
Das Lager bietet in Stoffen sowohl in- wie ausländischen Fabrikats eine Auswahl, die den weitgehendsten Ansprüchen genügen dürfte.
Die Ausführung der Arbeit ist tadellos. (2257
Die Preise sind aufs Aeußerste normirt.

Von Conradisches Provinzial-Schul- u. Erziehungsinstitut zu Jenkau b. Danzig.

In hiesiger mit einem Alumnat verbundenen, in ihren Klassen, Sexta bis Obersekunda, nach dem Lehrplane der Realschule I. O. arbeitenden **höheren Bürgerschule**, deren Reifezeugniß zur Aufnahme in die **Prima einer Realschule I. O.** sowie zum **einjährigen freiwilligen Militärdienst** berechtigt, beginnt der neue Schulkursus **Montag, den 9. April.** Pension im Institut inkl. Schulgeld 600 Mk. jährlich; Privatpensionen bei den Institutlehrern; Schulgeld 48 Mk. jährlich. Prüfung neu eintretender Zöglinge am 6. und 7. April Vor- und Nachmittags, mitzubringen Impfattest und Abgangszeugniß.

Dr. Bonstedt,
1558) Institutsdirektor.

Zwei Knaben

finden zu Ostern eine gute und billige Pension Dienergasse No. 6. (2302

Ein fein möbl. Parterre-Zimmer, mit eignem Eingang, ist Altstädtschen Graben 105, zum 1. April zu vermiethen.



Dampfer-Verbindung Danzig-Königsberg.

Die Tour-Dampfer „Autor", „Friede", „Oliva" und „Verein" beginnen bei erst offenem Wasser ihre regelmäßigen Fahrten zwischen hier und Königsberg.

Im Laden liegen:
Dampfer **„Oliva"** in **Danzig,**
" **„Autor"** in **Königsberg.**

Güteranmeldungen nehmen entgegen:
Julius Samuelsohn in **Königsberg,**
Emil Berenz in **Danzig.** (2127

Einschlag-Butter,

in Töpfen von 15—20 ℔ und ausgewogen, per ℔ 1,20 ₰ empfiehlt
2404) **R. Frisen,**
Röpergassen- u. Hundegassen-Ecke.

3 fette Bullen

stehen zum Verkauf bei **Herrmann Wiebe** in **Kozelitzke** bei Marienburg. (2243

Hiermit beehren wir uns anzuzeigen, daß wir

Herrn Fr. C. Prutz,
Schiffscapitain,

unsere Haupt-Agentur für **Neufahrwasser und Umkreis** übertragen haben.

Berlin, den 14. März 1877.

Die General-Direction der Norddeutschen Lebensversicherungs-Bank a. G.

Bezugnehmend auf vorstehende Anzeige offerirt die **Norddeutsche Lebensversicherungs-Bank a. G.** Lebens-, Renten- und Aussteuer-Versicherungen jeder Art.

Neufahrwasser, den 17. März 1877.

Der Haupt-Agent.
Fr. C. Prutz.
Schulstraße 9.

Oster-Eier,

sauber, groß, billig, von Chocolade mit Marzipan gefüllt, bei Einkauf von **2 ℳ** an werden schon **Prämien-Antheilscheine gratis** verabreicht nur bei

E. Reinke, Glockenthor 3.

Große
geräucherte Maränen, fetten Räucherlachs

heute Abend frisch aus dem Rauch empfiehlt
Alexander Heilmann,
Scheibenrittergasse 9. (2358

Preußische Adlerflaggen
(Kriegsflagge), vorschriftsmäßig für Behörden, sowie
Preußische Adlerflaggen
(Kauffahrer), schwarz und weiß geändert, und
Deutsche Flaggen,
desgleichen verschiedene andere
Nationalflaggen
zum Aufhißen an Flaggenstöcke, ferner für innere Decorationszwecke entsprechende Größen von Signal-Nationalflaggen und Standarten, empfiehlt kauf- und leihweise

R. H. Spohn,
14 Burgstraße 14.

Patentirte Frisir- und Rasir-Stühle

mit Mechanik, empfehle zu Fabrikpreisen.
1032) **Carl Volkmann.**

Wegen Todesfall

bleibt Dienstag, d. 20. mein Geschäft bis Nachmittags 2 Uhr geschlossen.
2391) **R. Klein.**

Das Neueste in Hüten für Herren und Knaben

in größter Auswahl, solider Arbeit und billigsten festen Preisen empfiehlt die Fabrik von

Louis Ehrlich,
Hundegasse 44.
☛ **Reparaturen schnellstens.** ☚

Eine herrschaftl. Wohnung, aus sechs Zimmern bestehend, möglichst mit Stallung für ein Pferd und mit Eintritt in einen Garten, wird von sogleich zu miethen gesucht. Offerten unter Preisangabe sind an das Fortifications-Büreau zu richten.

Verantwortlicher Redacteur H. Röckner,
Druck und Verlag von A. W. Kafemann in Danzig.